

# Volkswacht

## für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasschloß 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus je entrichteten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmt. Durch die Post einchl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion, 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereinskundens- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

## KPD. verkauft sich an die Industrie

### Sie hat Hamburger Industriefirmen um Unterstützung und Inserate angebettelt

Hamburg, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Redaktion des „Hamburger Echo“ ist in den Besitz eines Rundschreibens des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs gelangt, aus dem sich ergibt, daß die KPD. industrielle Firmen in aller Form gebeten hat, sich „durch finanzielle Zusicherungen erkenntlich zu zeigen“. Das Rundschreiben an die Hamburger Eisenindustriellen hat folgenden Wortlaut: „Hamburg, 19. September 1931.

An die Mitglieder des Verbandes der Eisenindustrie Hamburg  
Nachdem wir von verschiedenen Seiten Mitteilungen erhalten haben über den Versuch der Kommunistischen Partei, Inserate unserer Mitgliedsfirmen in der kommunistischen Presse zu werben, halten wir es notwendig, unsere Mitgliedsfirmen auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen. Der letzte uns gemeldete Vorfall, der uns als das Vorgehen der Abgesandten der Kommunistischen Partei typisch erscheint, wird uns von der betreffenden Mitgliedsfirma folgendermaßen geschildert: „Wir erhielten heute von zwei Vertretern der kommunistischen Parteizentrale Hamburg mit dem Namen Schrödter und Koch (in einem anderen uns gemeldeten Brief wird der Name Schmidt genannt) einen Besuch, in dem sie eine persönliche Unterredung mit unserem Direktor R. ersuchten. Die Aussprache war interessant, um ihnen gemeldet zu werden.

Die Besucher verwiesen auf unsere belangreichen Aufträge und glaubten daraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Firma sich durch Zusicherungen an die kommunistische Parteizentrale erkenntlich zeigen sollte. Dies rundweg abgelehnt wurde, lenkte man ein und verlangte eine Unterstützung für die notleidenden Parteigenossen, die durch die Wirtschaftskrise nicht erfaßt würden. Als sie auch auf keinen Geld hatten, baten sie um einen Anzeigensatz für ihre Parteizeitung und verwiesen auf die massiven Unterstützungen, die ihnen aus Industriefirmen, besonders auch von der Bomag in Plauen, zufließen seien.

Aber auch hier am Ort würden sie von industrieller Seite unterstützt. Als Herr R. um Namhaftmachung der betreffenden Firmen bat, bedauerten sie, die Firmen aus bestimmten Gründen nicht nennen zu dürfen.“ Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs bemerkt zu diesem Brief der betreffenden Mitgliedsfirma, daß er es für erforderlich halte, seine Mitgliedsfirmen über diese Vorgänge zu unterrichten. Das Rundschreiben ist unterzeichnet: „Verband der Eisenindustrie Hamburg, ges. Dr. Nießke.“

Dieses Dokument verbürgt den unwiderlegbaren Beweis für die schändliche Verräterrolle der KPD., die bei Industriellen um Gelder schnorrt.

## Starke Steuerhinterziehungen festgestellt

Das Ergebnis der Buch- und Betriebsprüfungen im Jahre 1930 weist eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums an den Reichstag, die über die Buch- und Betriebsprüfungen im Jahre 1930 Auskunft gibt. In nicht mehr als 57.693 Fällen mußten mehr Steuern festgesetzt werden. Es handelt sich hier nicht nur um Steuerhinterziehungen. Vielfach ergeben sich, wie das Reichsfinanzministerium bemerkt, abweichende Ansichten in der Bewertung der Buch- und Betriebsprüfungen öfter Punkten der Steuerpflichtigen verlaufen.  
Im einzelnen ergibt sich aus der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums folgendes: Insgesamt sind im Jahre 1930 135 Millionen Mark an Reichssteuern und 31 Millionen Mark an Landessteuern mehr festgesetzt worden. Die Rücklagen betragen insgesamt 3.700.000 Mark. Der größte Teil der Mehrsteuern entfällt auf die Körperschaftsteuer, bei der allein 78 Millionen Mark mehr festgesetzt wurden. Dann folgt die Einkommensteuer mit 62 Millionen Mark. Bei der Vermögenssteuer sind es 12 Millionen Mark, bei der Umsatzsteuer 11 Millionen Mark. Die festgesetzten Steuern in Höhe von 3 Millionen Mark entfallen fast ausschließlich auf die Einkommensteuer. Die meisten Fälle, in denen Steuern festgesetzt werden mußten, nämlich 6200 Fälle, betrafen im Landesfinanzamt Bezirk Berlin zu verzeichnen. Dann folgen Breslau mit 5200 Fällen, Magdeburg mit 4200, Düsseldorf mit 3500, Hannover mit

ebenfalls rund 3500 Fällen und Stettin mit 2900 Fällen. In der Höhe der festgesetzten Mehrsteuern markiert ebenfalls Berlin an der Spitze mit rund 37 Millionen. Dann folgen Düsseldorf mit fast 30 Millionen, Münster mit 15 Millionen, Leipzig mit 12 Millionen und Köln mit 11 Millionen. Bei den Landessteuern steht der Landesfinanzamtsbezirk Köln an der Spitze mit 4 1/2 Millionen Mark Mehrsteuern. Dann folgen Berlin mit 4,2 Millionen, Stuttgart mit 2,2 Millionen und Karlsruhe mit 2,1 Millionen. Die meisten Geldstrafen wurden im Landesfinanzamtsbezirk Leipzig verhängt, nämlich 679.000 Mark. Dann folgen Unterweiser mit 603.000 Mark, Dresden mit 448.000 Mark und Stettin mit 256.000 Mark.

## Die Arbeitszeitverkürzung vor dem Reichsrat

Die Vereinigten Reichsratsausschüsse nahmen am Mittwoch die Durchführungsbestimmungen zu der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung an. Die Vorlage wird am Donnerstag die Vollziehung des Reichsrats beschließen.

## Fried macht sich wichtig

Wer nicht Nazi oder deutschnational ist, soll gestiftet werden. Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion — gezeichnet Fried — hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet, das zugleich dem Reichspräsidenten in Abschrift zugeht: „Die Mordtaten bewaffneter Nazis gegen mehrlose Nationalsozialisten häufen sich erschreckend. Sühne erfolgt regelmäßig nicht. Im Rechtsstaat trägt die Regierung lechte Verantwortung für Sicherheit der Volksgenossen. Wir erklären daher, daß wir für ungenügenden Schutz unserer Parteigenossen die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung verantwortlich machen und gegebenenfalls zur Verantwortung ziehen werden.“ Die „Germania“ sagt zu diesem unerschämten Telegramm: „Dieses Telegramm ist seinem Inhalt und seiner Form nach der Gipfelpunkt von Arroganz und Ueberheblichkeit. Es soll offenbar dazu dienen, die schwere Verantwortung für die bedauerliche Zuspitzung des innerpolitischen Kampfes von den Schultern der eigentlichen Unruhestifter abzuwälzen.“ Der „Vorwärts“ schreibt: Herr Fried wird sich natürlich mit gut gespielter Entrüstung gegen den Verdacht wehren, er habe mit dem „verantwortlich machen“ etwas anderes als die parlamentarische Verantwortung gemeint. Aber sicherlich hat er diese Sprache, die den Geruch der Erzberger- und Rathenaumörder mit sich trägt, nicht ganz ohne Absicht gewählt. Hat doch auch der deutschnationale Führer Hugenberg neulich in Stettin gesagt: Im Falle einer Katastrophe sollten nur Personen und Eigentum derer geschützt werden, „die sich zu uns bekannt haben.“ Deutscher Bürger! Kaufe dir rechtzeitig ein deutschnationales Parteibuch, wenn du nicht gebrandschagt und gestiftet werden willst.

## Hugenberg schimpft, aber nimmt Geld von den Beschimpften

### Hugenberg will das Reich nicht retten, aber er pumpt von ihm 26 Millionen — Wann verlangt die Reichregierung das Geld zurück

Auf dem Stettiner Parteitag der Deutschnationalen hat Hugenberg zum Schluß einer seiner Reden wörtlich folgendes erklärt:

„Keine Hand soll sich zum Schutze dieser Regierung und dieses marxistischen Systems erheben. Es wäre Verblendung, wenn die Regierung wieder, wie Ebert 1919, auf die Opfer der nationalen Jugend rechnete, auf Freiwillige, die man vorwärts, um sie dann in den Kerker zu werfen. Es darf nicht nochmals vorkommen, daß dieses System durch nationale Kräfte gerettet wird, die man sonst mit Füßen tritt. Personen und Eigentum derjenigen, die sich zu uns bekannt haben, das ist der einzige Wert, den es dann zu schützen gilt

bis zu dem Augenblick, in dem die Macht in die Hand der nationalen Opposition übergeht.“

„Keine Hand soll sich, nach Hugenberg, zum Schutze dieser Regierung und dieses Systems erheben“. Das erklärte der Mann, dessen Scherzverlag bei der unter Reichsgarantie stehenden Danatbank mit nicht weniger als 26 Millionen Mark hängt. Wie lange geduldet die Reichsregierung Herrn Hugenberg diesen Millionenbetrag noch zu pumpen und ihm die Möglichkeit zu geben, das Volk durch seine Presse gegen das System und gegen die Regierung aufzuwickeln zu lassen, deren Geld und finanzielle Unterstützung er gern beansprucht?

## Die neuen Pläne der Reichsregierung

### Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der kommunalen Arbeitslosenfürsorge Förderung der Siedlung — Herabsetzung der Hauszinssteuer

Das Reichskabinett tritt am Donnerstag vormittag wieder zu einer Kabinettsitzung zusammen. Die Tagesordnung, deren Beratung mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte, umfaßt 32 Punkte.

Die Fragen, mit denen sich das Reichskabinett heute und morgen gewissermaßen in Permanenz beschäftigen wird, sind in erster Linie:

die Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der kommunalen Arbeitslosenfürsorge unter Entlastung der Städte, die jetzt 60 Prozent des Kostenaufwandes dieser beiden Fürsorgearten tragen, ferner die Siedlungsfrage, und zwar sowohl die eigentliche bäuerliche Siedlung als auch die im Umkreis der Städte geplante Arbeitslosensiedlung.

Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Finanzministerium über diese Frage haben ergeben, daß der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Siedlungen zunächst einen monatlichen Beitrag von rund 20 Millionen Mark auf ein Jahr hinaus zur Verfügung stellt. Einer der Hauptpunkte der heute beginnenden Kabinettsberatungen wird ferner das Problem der Hauszinssteuer sein. Ihre Herabsetzung soll nach einem Vorschlag der Ressorts auf 25 Prozent beschränkt bleiben. Das würde für die Mieten eine Entlastung um etwa 11 Prozent bedeuten. Der Ausfall an Hauszinssteuermitteln soll durch die Verminderung der öffentlichen Mittel für Wohnungsbauzwecke wettgemacht werden. Außerdem wird sich die Reichsregierung mit der Aufzückungsperre für Reichsbeamte, der Herabsetzung der Höchstpensionen von 80 auf 75 Prozent des zuletzt bezogenen Gehaltes, der Regelung der Frage der Naturalbezüge, der Zulitzreform mit dem Ziel weitgehender Ersparnisse, der Einsetzung von Sondergerichten zur beschleunigten Aburteilung von Terrorfällen, geschäftlicher Miswirtschaft und Steuerbetrug sowie mit der

Verlängerung des laufenden Haushaltsjahres um drei Monate, also bis zum 30. Juni 1932 beschäftigen. Die beschlossenen Maßnahmen werden in einer Notverordnung in Kraft gesetzt werden, deren Veröffentlichung nicht vor Beginn der kommenden Woche zu erwarten ist.

### Dingeliden verlangt Notregierung

In einer Besprechung mit Pressevertretern in Hamburg forderte der Führer der Deutschen Volkspartei, daß der Reichskanzler noch vor dem Zusammentritt des Reichstags seine ganzen Kräfte für die Bildung einer Regierung nach englischem Muster einsetze. Es handele sich um die Errichtung einer Notgemeinschaft zur Bewältigung der schwierigen Arbeiten, vor die der Winter uns stellen werde.

### Lohnabbau in USA.

Die Bundesregierung mißbilligt ihn. Die amerikanische Schwerindustrie hat in letzter Zeit einschneidende Lohnkürzungen beschlossen, die innerhalb der Arbeiterklasse eine große Beunruhigung und eine Welle der Empörung ausgelöst haben. Im Vergleich zum August des vergangenen Jahres sind die Löhne in der Schwerindustrie im August dieses Jahres um 22 Prozent geringer. Auch in den amerikanischen Strumpfwirkerereien sind einschneidende Lohnkürzungen vorgenommen worden. Sie betragen im Durchschnitt 40 Prozent. Die Arbeiterklasse hat diese Abbaumaßnahmen mit dem Streik beantwortet, so daß ein großer Teil der Strumpfwirkerereien stillliegt. Die Bundesregierung erklärt offiziell, daß sie den Lohnabbau mißbilligt. Sie warnt zugleich vor den Folgen, bedingt jedoch vorläufig von Gegenmaßnahmen abzusehen.

# Der Chinakonflikt vor dem Völkerbund

Öffentliche Sitzung abgelehnt — Lange Geheimföhung, die ergebnislos bleibt — Weitere Befehlungen durch die Japaner — Telegramm des Präsidenten an China und Japan

Genf, 23. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die für Mittwochabend angeordnete öffentliche Ratssitzung, die sich mit dem Konflikt in der Mandchurien befaßt, wurde plötzlich abgelehnt. Der Rat trat zu einer Geheimföhung zusammen. Amerika, das durch seinen Gesandten in Belgien, Wilson, an den Beratungen des Rates teilnimmt, hat sich bisher geweigert, auf Japan ebenfalls einen Druck auszuüben bzw. sich an der Entsendung einer Militärkommission in die Mandchurien zu beteiligen. China beabsichtigt deshalb, nunmehr den Rat auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundespaktes anzurufen. Der Rat könnte auf Grund dieses Artikels eine viel schärfere Entscheidung als bisher treffen.

Der Vertreter Japans erklärte auf die Frage, ob er Instruktionen seiner Regierung habe, man habe ihn davon unterrichtet, daß Japan keinen Krieg wolle, aber aus Sicherheitsgründen gezwungen sei, weitere Befehlungen vorzunehmen.

Genf, 24. September. (Eigener Funfbericht.)

Die am Mittwochabend abgehaltene Geheimföhung des Völkerbundes dauerte fast drei Stunden. Der japanische Vertreter weigerte sich wiederum, über den Stand der Ereignisse in der Mandchurien genauere Angaben zu machen. Der Rat ging nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem japanischen und chinesischen Vertreter über die beiderseitigen militärischen Maßnahmen schließlich ohne Stellungnahme zu den Ereignissen auseinander. Er wird heute den ganzen Tag über seine Beratungen forschen.

Die Stellung Japans zu den Vorgängen in der Mandchurien ergibt sich aus Erklärungen des japanischen Ratsmitgliedes vor Journalisten nach der Geheimföhung des Rates. Danach werde die japanische Regierung alles tun, um den Konflikt zu lokalisieren; aber sie müsse den Schutz ihrer Interessen unbedingt durchföhren, d. h. daß Japan in seiner Befehlsstellung bereits zu weit gegangen ist und jetzt dem Druck des Völkerbundes aus Freiheitsgründen nicht ohne weiteres weichen kann. Im anderen Falle fürchtet es allem Anschein nach, daß seine großen Investitionen in der Mandchurien verloren gehen könnten. Es scheint im Augenblick nur möglich zu sein, die Befehlung der südlichen Mandchurien rückgängig zu machen, wenn Amerika und England gemeinsam intervenieren. Von Rußland erfährt man, daß es vorläufig eine abwartende Haltung einnimmt. Falls aber die Befehlsnahme der Mandchurien durch Japan vom Völkerbundrat nicht verhindert werden sollte, dürfte Rußland den Sünden (?) der Mandchurien befehlen. Jedenfalls wird die Kriegsgefahr im fernen Osten immer drohender.

Der Präsident des Völkerbundesrates hat an die Regierungen von China und Japan ein Telegramm gerichtet, das folgendermaßen lautet:

„Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, entsprechend dem Appell des Rates, Ihre Regierung alle Maßnahmen ergreifen wird, damit keine Handlung begangen werden kann, welche die Situation verschärfen oder die friedliche Regelung der Streitfrage präjudizieren könnte. Andererseits werde ich die vorgehenden Verhandlungen mit den höchsten Vertretern von Japan und China über die Ausführung des zweiten Punktes der Ratsentscheidung beginnen. Für diese Beratungen habe ich mich der Mitarbeit der Vertreter von Deutschland, England, Frankreich und Italien verpflichtet. Die Mitteilung an die Regierung der Vereinigten Staaten ist am Dienstag erfolgt.“

Der Mittwoch-Vormittagsföhung des Rates lagen wiederum Meldungen aus Hanking vor, nach denen die Befehlung der Mandchurien durch japanische Truppen fortgesetzt wird.

Tokio, 23. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der japanische Kriegsminister äußerte zu der Aufforderung des Völkerbundes, die japanischen Truppen diesseits der Zone der südmandchurischen Eisenbahn zurückzuziehen, daß Japan bereit sei, dies zu tun, sobald die Umstände es erlauben. Der Minister fügte hinzu, daß Japan das Recht habe, 16.500 Mann längs der südmandchurischen Eisenbahn zu stationieren, während zurzeit die Zahl der Truppen nur 14.000 betrage.

## Die Schuld Japans und die Verantwortung des Völkerbundes

Berlin, 23. September. (Orig.-Ber.)

Es ist keine Uebertreibung, wenn man vielfach davon spricht, daß der Konflikt zwischen Japan und China in der Mandchurien dem Völkerbund vor eine Schicksalsfrage gestellt hat. In der Tat wäre es eine moralische Katastrophe für den Völkerbund, wenn sein Rat nicht willens oder nicht fähig wäre, diesen bewaffneten Konflikt im Keime zu ersticken und seinem Spruch bei den gegnerischen Staaten Achtung zu verschaffen.

Dann würde vor aller Welt bewiesen sein, daß der Völkerbund zwar in der Lage ist, kleinere Staaten, wie Bulgarien und Griechenland oder wie Bolivien und Paraguan, zur Einstellung von Feindseligkeiten zu zwingen, daß aber seine Autorität völlig versagt, sobald eine Großmacht, die über einen ständigen Sitz im Rat verfügt, in einen Konflikt verwickelt ist.

Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß das schwache China, das den Völkerbundrat angerufen hat, sich im voraus mit jeder Entscheidung des Rates einverstanden erklärt hat, während das mächtige Japan durch Ausflüchte und Einwendungen überher Art Zeit zu gewinnen versucht und dabei in die Mandchurien immer weiter vordringt. In der ersten Ratssitzung, die sich mit dem Konflikt befaßte, erklärte der japanische Vertreter, daß er noch ohne Instruktionen seiner Regierung sei. Das war am Sonnabend. In der zweiten Sitzung am Dienstag vormittags wußte das japanische Ratsmitglied ebenfalls einer klaren Stellungnahme aus und begnügte sich damit, die ungeheuren finanziellen Interessen Japans in der Mandchurien darzulegen, um den militärischen Ueberfall auf Mukden zu erklären. Am Dienstag abend wurde die diplomatische Sabotage durch Japan noch deutlicher durch die Befehlung der Entsendung einer Untersuchungskommission von neutralen Militärattachés in das Kampfgebiet. Am Mittwoch hat Japan nicht nur diese Ablehnung bestätigt, sondern außerdem seine Truppen auf die nordmandchurische Stadt Charbin in Bewegung gesetzt, unter dem Vorwand, daß auch dort große japanische Interessen bedroht seien. Trotzdem wagt es die Regierung von Tokio, Chinas Berufung auf den Kellogg-Pakt mit der jüdischen Begründung zurückzuweisen, daß es sich nicht um einen Krieg, sondern nur um einen „Zwischenfall“ handle!

Die öffentliche Meinung der ganzen Welt hat sich inzwischen ihr Urteil über die Schuldfrage gebildet. Gerade die Haltung Japans in Genf beweist ganz klar, daß es sich bei Japan um einen militärischen und imperialistischen Raubzug handelt. Die gegenwärtigen

# Rededuell Frankreich — England im Völkerbund

Ueber die Ursachen der großen Kreditkrise

Genf, 23. September. (Eig. Drahtbericht.)

In der 2. Kommission des Völkerbundes kam es am Mittwoch zu einer scharfen Kontroverse zwischen Frankreich und England.

Der französische Finanzminister Flandin hielt eine Art hochtrabender Sühnpredigt von programmatischem Charakter für die französischen Absichten. Einleitend sprach er von der überall gleichen Sünde der Verschwendung auf Kosten der Zukunft. Bei der Krise suche jeder eine gemeinsame Lösung, die seinen egoistischen Interessen günstig sei. Bei dem Kauf nach Streichung der öffentlichen Schulden als einer wesentlichen Ursache der Wirtschaftskrise ziehe man besonders auf die politischen Schulden, die eingegangen seien, ohne daß der Schuldner etwas dafür erhalten habe. Eine solche Aenderung beruhe mehr auf moralischen und politischen Erwägungen denn auf einer reinen Finanzaktion. Das stärkste Finanzland habe jahrelang finanzielle Sicherheit gehabt, als seine äußeren Schulden viel größer als heute gewesen seien. Außerdem hätten die Schuldner innere Anleihen in den Gläubigerländern. Erleichtere man also das Ausbeuten, so werde das andere dadurch überlastet. Man müsse also eine neue Ursache suchen, indem man eine vermeintliche andere ausschaltet. Hätten die Gläubiger direkt oder indirekt die Schuldenszahlungen durch Bilanzieren der Handels- oder Zahlungsbilanz ausgeglichen, so wäre das Transferproblem nicht aufgetaucht.

Flandin sprach dann von dem Mißbrauch der kurzfristigen Privatkredite zum Ersatz der langfristigen Anleihen. Vor allem müßten einmal die bestehenden Kredite erhalten werden durch rigorose Sparmaßnahmen als Quelle des Vertrauens. Die gemeinsame Aktion zur Stärkung dieses Vertrauens könne nur in Form einer internationalen Garantie erfolgen. Eine sogenannte Neuverteilung der Goldbestände wies Flandin zurück. Die Golddeckung sei ein automatischer Regulator. Das sei nicht falsch, weil die Voraussetzungen ihres Wirkens, nämlich das Vertrauen, verjagt haben. Was die praktischen Maßnahmen zur Herstellung des freien Warenaustausches anlangt, so müßten die reichen Länder den kapitalarmen helfen. Aber eine Garantie dafür sei der gegenwärtige gute Glaube. Das bedeute, daß man die Schließen des Friedens weit aufreißt, wenn man diese Länder um eine große internationale Finanzierungsoperation angehe. Verlangt man von den reichen Ländern die Wiederherstellung des Produktionskredits, so müsse man vorher die Verluste der Kreditinstitution und noch mehr den Geist der Inflation überhaupt liquidieren. Nach der Krise der Ueber-

trachtung herrsche wieder Mutlosigkeit. Aber man könne sich Heilung sehen, wenn man zu den einfachen Heilmitteln unter auffallend starkem Beifall der gesamten Kommission gegen Flandin. Die Verkaufslieferung Bedeutung der ungleichen Verteilung des Goldes und der Reparationen könne nicht anerkannt werden. Nach seiner Schätzung habe die Vertrauenskrise starken politischen Charakter. Sie könne nur mit politischer Beruhigung, aber nicht in Form der starren rechterhaltung gerade der Form beseitigt werden, die sie mit hervorgerufen hätte. Die Notenbanken bis zur äußersten Grenze des Möglichen und Verantwortlich für das starke Zahlungsmittelbedürfnis. Eine Resolution der Vollversammlung müsse neue politische finanzielle Wege weisen.

Flandin entgegnete, er wolle sofort antworten, da er reifen müsse. Eine solche Resolution sei wertlos. Man solle sich nicht einig werden und außerdem die Vereinten Staaten nicht daran beteiligt wären. Er wandte sich gegen die inflationistische Tendenz. Die Deckungsgrundlage der Noten dürfe nicht verlassen werden für eine gemeinsame Arbeit sei auch er. Die physischen Wirkungen der Goldverteilung seien wichtiger als Saldo seien wolle.

## Neue Rundgebungen Chinas gegen Japan

Peking, 24. September. (Eigener Funfbericht.) Der chinesische Außenminister (Fong) hat am 23. eine dritte Protestnote an die japanische Regierung gerichtet, in der wiederum in energischer Weise die Zurückziehung der japanischen Truppen der Mandchurien verlangt wird. Das Exekutivkomitee der Kuomintang hat eine Rundge veröffentlicht, in der alle Parteien und Unterföhler gegen fremden Angreifer gebeten werden. Die Führer der Regierung von Kanton haben darauf geantwortet, daß sie ihrem früheren Gegner von Hanking jede Hilfe gewollten. Die chinesische Regierung erklärt ferner Aufruf, in dem alle Militär- und Marineführer aufgefordert werden, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen, jede Gewalttätigkeit gegen japanische Staatsangehörige zu hindern.

## Berichtigt Japan auf die Befehlung Charbins

Paris, 24. September. (Eigener Funfbericht.) „Petit Parisien“ meldet aus Shanghai, daß Japan darauf verzichtet hätte Charbin zu besetzen. Es wolle sich damit begnügen, die erste Station der chinesischen Eisenbahn, die einige Kilometer nördlich von Shanghai liegt, zu besetzen.

# Banerns Wahlrecht rechtsgültig

München, 22. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der bayrische Staatsgerichtshof hat Klagen der Landesgruppen der Staatspartei, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, des Christlichen Volksdienstes, die das bayrische Wahlgesetz als verfassungswidrig angesehen haben abgewiesen und damit die verfassungsrechtliche Gültigkeit des Wahlgesetzes bestätigt. Die genannten Parteien sind zu ihren Klagen veranlaßt, weil sie mit Nachföhren müssen, daß sie infolge der im Gesetz enthalten Bestimmungen gegen die Splitterparteien bei einer Neubesetzung des Landtages überhaupt kein Mandat erhalten. Wenn die hänger dieser Parteien im politischen Leben Bayerns noch eine Rolle spielen wollen, zwingt sie die Entschließung des Staatsgerichtshofes zum politischen Zusammenföhren. Ob es kommen wird, steht noch nicht fest, da die Entscheidung, ob Landtag noch in diesem Jahre neu gewählt wird, erst im Oktober fällt.

PETER RISS



Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1920 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf

11. Fortsetzung.

„Ach... ich kann mich nicht mehr halten!... ich muß dem Halunken an die Kehle!...“ — Eilern fühle ich Kreuz' Finger um meinen Arm; ich hatte schon eine Bewegung aus dem Stuhl heraus gemacht... „Heini hörst“, denke ich, „er verredet hier wie ein Stüd Vieh...“

Es sind schon Minuten vergangen: die Zeit steht still. Wenn nicht gleich etwas geschieht... Aber es ist immer das gleiche... wir sind ohnmächtig... Die Kompanie steht unbeweglich... die Hitze brütet wie in einem Sackofen. Immer noch reden die Gruppenführer durcheinander und beratschlagen.

In der Ferne rollt ein heraufziehendes Gewitter... Vor mir stehen Minullas Schultern wie im Krampf... „Wir müssen den Kerl tragen lassen, Herr Leutnant!“, höre ich Schönfelds Stimme mit einem Unterton von Verachtung, „er ist zu schlapp zum Weitermachen... ein elender schlapper Jahrgang, diese Mutterföhnen...“ — Laut klappert die Hacken zusammen.

„Gew—e—ehr ab! Rührt euch!“ Die Blicke der Kompanie irren zu dem sich krümmenden Anäuel im Sand... Mit geringfügig herabgezogenen Mandmüseln steht der Schinder darauf nieder. Dann wirft er sich zu uns herum und schreit:

„Seht Mann hierher, marisch, marisch!“ Riß, Minulla und ich sprachen als die ersten heraus. Wohl zwanzig Mann folgten uns.

„Seht, hab' ich — geloggt!“ Er stößt mich brutal in die

Seite und jagt mich stößweise in die Reihe zurück. Kengstlich weichen die anderen zurück.

Es ist ein heillofes Durcheinander. Der Schinder kann wohl nach dem Exzerierregiment unsere ihm verfallenen Leiber gefügig machen, aber hier verjagt er vollständig und ist wie ein Viehtreiber, der nur mit brutalen Knüppelschlägen die ausbrechenden Opfer zusammenhält.

Es ist ein Murren in der Kompanie von vorne bis hinten. Der Schinder überfliegt die Reihen mit einem erkennenden Blick... Langer höhnt und zieht die Knie an den Leib. Gleich und durchsichtig liegen seine armen Hände in der Sonne.

„Riß, Minulla, zurück! Los! Zurück!! Können ihr Hammel nicht hören?“ Der Schinder kämpft mit dem Fuße auf und schraubt erregt durch die Reie. Minulla, der wieder bei Langer kniet und leise auf ihn einprügelt, harzt laßungslos auf und hüttelt verloren den diden Kopf.

Der Schinder springt auf ihn zu und zieht ihn wie ein Kaninchen am Genick hoch. „Kein in dein Loch, Lummel!“ Mit einem haherfüllten Blick streifen Minullas Augen den Schinder. Seine Lippen liegen hart aufeinander. So trotzig leh ich noch nie dieses gütige Knechtgesicht. Schritt für Schritt und nach einige Male kopfschüttelnd umhingend, kommt er zu uns zurück.

Zeige pudt der Schinder zusammen. Kurz vor ihm steht Riß mit fünf anderen, die sich nicht vertreiben liegen. Er beachtet den Schinder gar nicht, löst den Riemen seines Gewehres und hängt es sich um den Hals. Dann ordnet er an und zeigt, wie man aus vier Gewehren eine Trage macht.

Ein zweiter Hitz greilt über uns. Es wird schnell finster und der Sand legt durcheinander.

Die Gruppenführer zurück ins Glied! Sergeant Schönfeld, Sie bleiben bei dem Karoden!“ Laßig gibt der Schießscheibengeneral keine Anweisungen und spürt an keinen Glacéhandschuhen. Seine Stimme klingt wie nebenächlich:

„Einjähriger Sievers, Sie tragen mit! Gr—renadier Riß, einziehen!“ Seine Stimme hebt sich zum Schluß drohend.

Die Tropfen plagen. Wir erwarten den Befehl zum Weitermachen. Es trage mehrere Male kurz nacheinander. Zwei Rekruten haben Langer behutsam hoch. Wachsbleich

leuchtet sein Gesicht in der stärker werdenden Finsternis. abgekehrte Kopf hängt mit geschlossenen Augen nach unten. klebt um den Mund, und die Arme baumeln wie die eines Toten.

Das Gewitter poltert jetzt ungehemmt, und wir w unruhig.

Häftig geht der Einjähriger auf Riß zu. Riß stützt den Kopf, als sie ihn auf die Gewehrtrage legen. Er legt ein großes Taschentuch unter.

Was nun geschieht, kommt plötzlich und unerwartet: Sievers ergreift den einen Gewehrlauf der Trage drängt hart gegen Riß an. Aber Riß läßt nicht los. beiden messen sich mit wütenden Blicken.

Adolf steht wie absichtlich abgewendet und spricht Schönfeld.

„Herr Leutnant!“ ruft da Sievers, „Riß läßt nicht... Komm her, mein lieber Kamerad Riß, den... komm her! Es hat keinen Sinn...“ Ich möchte ihn fortrennen. Aber Riß schlägt dem Einjährigen mit geballter Faust vor die Brust: „Abhauen, Abhack!“ ruft er dem Sievers „abhauen, lag' ich dir! Hier ist mein Platz!“

Der Schinder dreht sich ganz langsam um. Sein Gesicht ist gedunsen vor Wut, wieder flucht er die Zähne, die gelben Fauer...

„Grenadier Riß!“, schreit er gegen den Donner an, immer härter wird, „Sie kommen vort Kriegsgericht! Einjährig, marisch!“

Er macht zwei gewaltige Sätze auf ihn zu und steht dicht vor ihm. — Riß's kaltenblau schimmert weiß bedrohlich: Der Grenadier und der Offizier... das...

Armer Langer... es geht nicht mehr um dich... sind die Feinde, die sich in diesem Kriege wirklich hasen geht um etwas anderes...

Riß rührt sich nicht. Seine freie Hand ist fest ge... „Lassen Sie los!“ brüllt der Schinder... „Nein...“ jagt Riß einfach und sachlich.

Der Schinder taumelt wie von einem schweren Hammer getroffen: Was sagst du Hund? Nein... sagst du... junge? Er faßt an den Degen, als wolle er ihn ziehen... ich befehle Ihnen — Sie lassen sofort los!“ Es ist ein Zischen zwischen seinen Zähnen.

(Fortsetzung folgt)

# Deutsche Börsen Ende der Woche geschlossen

Die Vorstände der deutschen Börsen haben am Samstag nach einstündigen Beratungen beschlossen, die Börsen bis Ende dieser Woche geschlossen zu halten.

Am Montag wird dazu mitgeteilt: In dieser Woche sind bei den Börsen von Wertpapieren und Devisen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist vollständig. Die Devisenkurse werden in der Reichsbank festgelegt werden. Die Notierungen an der Berliner Börse werden am Donnerstag, dem 24. September, wieder aufgenommen werden.

A. K. Es ist überaus charakteristisch für die Lage in der Weltwirtschaft, daß Englands Börsen heute wieder geschlossen sind. Das zeigt nicht nur, daß Englands Lage durchaus nicht hoffnungsvoll ist, sondern auch, daß in Deutschland offenbar die Gelegenheit benutzt werden soll, um zur Abwendung der schon vor dem Ausbruch der Krise in England zusammengebrochenen Kurse eine neue Atempause einzulegen. Wir halten das für ganz falsch. Das ist nur geeignet, das Vertrauen und die Angst der Wertpapierbesitzer weiter zu steigern und die Kurse weiter zu drücken. Damit aber sind neue, noch schwerwiegendere Gefahren verbunden, da neue Zusammenbrüche erfolgen müssen, wenn die Kreditunterlagen weiter sinken werden. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die führenden Wirtschaftskreise schon wieder einmal den Kopf verloren haben, daß sie der Krise ihrer Wirtschaft überhaupt in keiner Weise gewachsen sind, und anstatt das Notwendige und Heilsame, die Stärkung der Kaufkraft der konsumierenden Bevölkerung, endlich einzuleiten, kopflos an den Symptomen herumtorkeln.

Die Lage Englands ist, auf die Dauer gesehen, durchaus unhaltbar. Die Nachrichten über die Lage der englischen Zahlungsbilanz, die jetzt bekannt werden, zeigen, daß wenn der Anstieg der englischen Zahlungsbilanz in der Krise auch stark zurückgegangen ist, sie doch noch nicht passiv geworden sein kann. Den Milliarden kurzfristigen Auslandsschulden Englands stehen meistens ebensoviel kurzfristige Auslandsguthaben, von England riesigen langfristigen Kapitalanlagen im Ausland gegenüber zu reden, gegenüber. Nur sind diese kurzfristigen Auslandsguthaben Englands zum großen Teil zurzeit eingefroren, und nicht nur die in Deutschland stehenden durch das Stillhalten der Banken, sondern auch die in Brasilien, Argentinien und Südamerika, wo England große kurzfristige Anlagen hat. Denn dort ist ja auch heute noch, wenn es auch die Welt nicht nur aus eigenen Mitteln finanziert, sondern vielfach nur der Vermittlung fremder Kapitalien ist (auch die Banken vermitteln ja den größten Teil nur fremde Kapitalien und nur der kleinste Teil ihrer Ausleihungen stammt aus eigenen Mitteln), nach den Aussagen der großen Bankier der Welt und vor allem der Finanzier des ganzen Außenhandels. Englands Gelder sind zu Milliarden-Beträgen in Rembourskrediten angelegt. Daher ja auch die ungeheure Rückwirkung der englischen Maßnahme auf so viele andere Länder und die Schließung der Börsen in halb Europa, Englands Maßnahme und Börsenschluß bekannt wurde.

Und dem aber so, so glauben wir nicht, daß England, wie von vielen behauptet wird, die Absicht hat, in absehbarer Zeit überhaupt nicht zum Goldstandard zurückzukehren, sondern richtige kleine Inflation zu inszenieren, um mit dem Mittel Wertpapierdumping (Senkung seiner Außenpreise und Kosten der Geldwertung) und indirekte Lohnsenkung (ebenfalls Senkung der Geldwertung) seinen Export zu steigern und später eine mannte Devaluation vorzunehmen, d. h. das Pfund Sterling niedrigeren Wertbasis erneut zu stabilisieren, um seine Auslandsschulden auf diese Weise zwangsweise herabzusetzen. Aber davon, daß das erste Mittel den erstgenannten Zweck nur vorübergehend, höchstens für ein paar Jahre erreichen wird und daß das zweite Mittel bei der Art von Englands Gütern und Schulden (die beide zumeist auf Pfund Sterling lauten), eben weil sie sich im ganzen die Wage halten, auf die Dauer ebenfalls unwirksam sein muß, würde das aber für Englands Stellung in der Weltwirtschaft so verheerend sein, daß man sich Vorhandensein solcher Absichten vorerst nicht glauben kann. Man auch vielleicht für einige Zeit solche Wirkungen wohl erzielt werden mögen, wie sie denn auch vorübergehend zu erzielen sind).

Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen die Angriffe des englischen Finanzministers Glavin in der gestrigen Sitzung der zweiten Kommission des Völkerbundes gegen England, die sich verhielt waren, ziemlich deplaciert, wenn auch in den Aussagen Glavins sicherlich manches Richtige enthalten war. Sie zeigen nur, wie stark Frankreich durch die Maßnahmen Englands unmittelbar betroffen wird. Insofern ist die Verteidigung der englischen Vertreter voll berechtigt (von inflationistischen Überlegungen des englischen Vertreters ist jedenfalls nach dem Stand der Dinge, den wir an anderer Stelle dieser Ausgabe bringen, nichts zu erkennen). Richtig ist dagegen, wenn der französische Finanzminister darauf hinweist, daß die politischen Schulden die Krise nicht erklären können. Recht hat er auch, wenn er die Verantwortung verteidigt und sich gegen die im gegenwärtigen Augenblick in der Welt sehr beliebte Banalisierung (die erfolgt, um das den Schuldnerländern bequem ist) der Goldwährung verteidigt. Denn in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist das Gold tatsächlich von grundlegender Bedeutung für die Beziehungen, wenn auch die Golddeckung bei vernünftiger Finanzwirtschaftspolitik für den inländischen Wert der Währung gewöhnlich nicht so wichtig ist, wie man vielfach glaubt. Aber Glavin hat auch darin recht, wenn er sagt, daß die gewöhnliche Goldverteilung über die Welt ja nicht künstlich geschaffen worden ist, sondern daß sie die selbstverständliche Auswirkung der wirtschaftlichen Vorgänge in der Krise der letzten Jahre darstellt. Man deshalb auch nur durch die Beseitigung der kriegsbedingten Verhältnisse in der Wirtschaft selbst beseitigt werden, aber durch Bekämpfung der bloßen Wirkung.

Das Rededuell zwischen Frankreich und England in der zweiten Völkerbunds-Sitzung über die Kreditfragen ist aber ganz allgemein ein Beweis dafür, daß auch diese Krise offenbar nicht das nationale Egoismus der einzelnen Volkswirtschaften nicht hat überwinden können und daß wir auch jetzt immer noch von dem Geist wirklicher weltwirtschaftlicher Zusammenhänge weit entfernt sind.

# Severing verteidigt die preussischen Sparmaßnahmen Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten in Berlin — Alles aufscherebe grundlos

Am Mittwoch fand im Preussischen Ministerium des Innern eine Konferenz der preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten statt, an der auch Vertreter der anderen preussischen Ressorts teilnahmen. Die Konferenz, die der preussische Minister des Innern, Severing, leitete, wurde von ihm mit einer längeren Ansprache eröffnet. Der Minister führte ungefähr folgendes aus:

Die nächsten Monate werden zwei Probleme in den Vordergrund für Deutschland und vor allem für die preussische Verwaltung stellen. Wie können wir die wachsende Verheerung durch die radikalen Parteien eindämmen? Wie sehen wir Gemeinden und Staat in den Stand, ihre Aufgaben angesichts der schwierigen finanziellen Lage zu meistern? Diese beiden Fragen stehen im engen Zusammenhang, denn die schwierige wirtschaftliche Lage gibt der Agitation der radikalen Flügelparteien immer wieder neuen Auftrieb und verschafft ihnen Zulauf. Schon im Herbst vorigen Jahres war es zu erkennen, daß neben der allgemeinen Erhöhung der Arbeitslosenquote vor allem die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen stärker ansteigen würde. Die Preussische Staatsregierung, vor allem das Preussische Ministerium des Innern, ist deshalb wiederholt rechtzeitig bei der Reichsregierung vorstellig geworden, um die daraus für die Gemeinden sich ergebenden schweren finanziellen Folgen zu mildern. Die Reichsregierung hat die Berechtigung unserer Wünsche dem Grundgesetz nach anerkannt. Sowohl der Reichspräsident als der Reichsfinanzminister erklärten, daß gar nicht daran zu denken sei, daß auch nur der größere Teil des gemeindlichen Defizits — für Preußen im Betrage von rund 500 Millionen Mark — vom Reich übernommen würde. Nur eine Hilfe bei dem Tragen der Kosten für die Wohlfahrtsverwerbslosen wurde vom Reich zugesagt, aber auch diese Zusage an die strenge Bedingung geknüpft, daß Staat und Gemeinden rücksichtslos ihre Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Deshalb mußte das Innenministerium den Gemeinden immer wieder allergrößte Sparsamkeit zur unabwendbaren Pflicht machen. Alle Gemeinden, Staat und Reich haben sich, durch die Scheinblüte der Jahre 1926/28 getäuscht, in ihren Ausgaben übernommen, es muß deshalb in diesem Jahre der Not ein, wenn auch schmerzlicher, Abbau auf vielen Gebieten vorgenommen werden.

Die vielfache Kritik, die gerade aus Beamtentreisen an der preussischen Notverordnung in ihren Einzelheiten geübt wurde, übersieht die Tatsache, daß eine allgemeine Herabsetzung der Beamteneinkünfte einen neuen Abbau der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft eingeleitet hätte, der in seinen Auswirkungen dann wieder zu einem weiteren Gehaltsabbau für die Beamten geführt hätte. Um dieses zu vermeiden, hat die Preussische Staatsregierung den Weg des kleineren Übels gewählt und bei den einzelnen Kategorien Einsparungen vorgenommen.

Die Preussische Staatsregierung hatte sich in einer Zwangslage befunden,

der sich selbst ein rein aus Berufsbeamten zusammengesetztes Kabinet nicht hätte entziehen können. Bei dieser allgemeinen Einsparung konnte natürlich nicht an den Kom munen vorbegegangen werden. Es ist eine falsche, wenn auch leider weit verbreitete Auffassung, daß die Gemeinden besonders verschwendend gewirtschaftet hätten. Die Preussische Staatsregierung hat sich durch diese falsche, in der Öffentlichkeit bestehende Meinung, die durch einen wahren Feldzug der Wirtschaft gegen führende kommunale Beamte genährt wurde, nicht beeinflussen lassen. Aber wir müssen auch offen zugeben, daß die bei der Besoldung leitender Kommunalbeamter das richtige Maß nicht innegehalten worden ist. Eine Neuregelung war also in dieser Notzeit unvermeidlich.

Die radikalen politischen Flügelparteien versuchen natürlich, aus den Sparmaßnahmen der Preussischen Staatsregierung Kapital zu schlagen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage fördert dieses Treiben und führt ihnen trotz der selbstherrlichen Apathie in den Massen der Wähler, die sich auch beim Volkstentseid gezeigt hat, neue Anhänger zu.

Trotzdem ist alles Gerade von bevorstehenden Putzschritten und gewalttätigen Erhebungen grundlos. Ein offener Putzschritt würde durch die Machtmittel des Staates sofort niedergeschlagen werden.

Aber die dauernden Drohungen, die täglichen Zusammenstöße, schaffen eine Beunruhigung der Öffentlichkeit, die gerade in den kommenden Monaten zu einer schweren Schädigung werden kann. Dieses schmelzende, glühende Feuer, das nie zu offener Flamme emporsteigt, kühlt auch dem Ansehen und dem Kredit Deutschlands mehr als alles andere. Deshalb ist es Pflicht der leitenden politischen Beamten, in den Provinzen, Bezirken und Kreisen der Meinung entgegenzutreten, als ob wir kurz vor dem Augenblick stünden, in dem die eine oder andere radikale Partei vor der Übernahme der Macht im Staate stünde. Wir müssen mit allen Kräften beweisen, daß die Staatsgewalt unverletzt vorhanden und bereit ist. Wir müssen auch nachdrücklich dem übertriebenen Pessimismus entgegenzutreten, daß der kommende Winter das deutsche Volk in eine Katastrophe führen wird. Ein 60 Millionenvolk kann nicht zugrunde gehen, kann nicht verhungern, muß in Ordnung verwaltet und regiert werden.

Im Anschluß an die Rede des Ministers wurden aktuelle Fragen erörtert.

## Die Regierungen müssen Farbe bekennen

Genf, 24. September. (Eigener Funkbericht.)

In der dritten Kommission der Völkerbundsversammlung wurde am Mittwoch auf Antrag des englischen Vertreters hinsichtlich der Einlegung eines Rüstungs-Feierjahres beschlossen, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Regierungen um ihre Stellungnahme zu einem derartigen Feiertag noch vor dem 1. November zu erfragen. Die einzelnen Regierungen sollen zugleich mitteilen, unter welchen Umständen sie an einem Rüstungs-Feiertag teilnehmen würden.

Die sozialistische Internationale greift ein — Sie verlangt Durchführung des Rüstungswaffenstillstandes

Paris, 24. September. (Eig. Funkbericht.)

Der Präsident der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Vandervelde und der Generalsekretär Friedrich Adler, die am Mittwoch in Paris eine Besprechung hatten, haben an den Völkerbund ein Telegramm gerichtet, in dem sie im Namen des Vorstandes der Internationale die Durchführung eines Rüstungswaffenstillstandes verlangen. In dem Telegramm heißt es, daß die Annahme dieses Planes natürlich keineswegs der Hauptfrage der Abrüstung oder der Verringerung der Rüstungen vorgreifen solle, die die Konferenz im nächsten Jahre zu lösen habe. Aber der Rüstungswaffenstillstand würde ein für den Erfolg der Konferenz viel günstigere Atmosphäre schaffen. Er würde gewisse Staaten daran hindern, das Ergebnis der Konferenz dadurch illusorisch zu machen, daß sie vor ihrem Beginn zu übertriebenen Rüstungen schreiten. Er würde ferner verhindern, daß Summen, die zur

Abwendung der Folgen der Wirtschaftskrise notwendig sind, für Rüstungszwecke vergeudet werden, und er würde dazu beitragen, die Vorbereitungen für eine neue Regelung der Kriegsschulden und der Reparationsfrage zu schaffen. Dem Völkerbund bietet sich damit die Gelegenheit, den Völkern den wahren Willen zur Abrüstung zu zeigen und zu verheißeln, daß inmitten der furchtbaren Wirtschaftskatastrophe neue Milliarden für den Militarismus gespart werden. Die Arbeiterklasse werde ihren Einfluß in allen Ländern dahin ausüben, daß der Rüstungswaffenstillstand durchgeführt werde.

## Nazi-Klages muß zeigen, daß er da ist

Deshalb provoziert er die republikanische Bevölkerung

Braunschweig, 22. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Nazi-Minister Klages hat seine Dienstgeschäfte mit einer ungeheuren Provokation der braunschweigischen republikanischen Bevölkerung ausgenommen.

Am letzten Sonntag fand in Braunschweig ein Aufmarsch aller SA-Gruppen der weiteren und näheren Umgebung Braunschweigs statt. Das bestehende Demonstrationsverbot war zu diesem Zweck aufgehoben worden. Für Dienstag hatte das Jungreichsbanner einen Werbermarsch angemeldet, der am Montag auch genehmigt worden war. Eine Stunde vor Abmarsch der Reichsbannerjugend wurde der Ortsführung folgende Verfügung mitgeteilt: „Der von dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, für den 22. September 1931 geplante Aufzug durch die Straßen der Stadt wird auf Grund des § 1 Absatz 1 Ziffer 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Befähigung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 verboten, weil nach den Umständen zu befürchten ist, daß die öffentliche Sicherheit und die Ordnung gefährdet wird. Der unter dem 21. September erteilte Erlaubnischein verliert hiermit seine Gültigkeit.“

Die Verfügung ist auf Anordnung des Nazi-Ministers Klages ergangen. Dabei steht fest, daß bisher schon alle SA-Umzüge von einer starken Polizeibeamten begleitet werden mußten, während alle bisherigen Umzüge des Reichsbanners ohne jeden polizeilichen Schutz vor sich gegangen und störungsfrei verlaufen sind.

Einen Tag darauf schon wieder eine Provokation

Braunschweig, 23. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Nazi-Minister Klages reißt trotz seiner kurzen Amtstätigkeit bereits eine Provokation an die andere. Am letzten Sonntag konnte in der Stadt Braunschweig der Aufmarsch der SA stattfinden, nachdem das Demonstrationsverbot für den Aufmarsch aufgehoben wurde. Für den Montag war ein Werberumzug der Reichsbannerjugend genehmigt, der allerdings eine Stunde vor Beginn wegen „Gefährdung der Ordnung und Sicherheit“ wieder verboten wurde. Für Dienstag hat Minister Klages jedoch einen Stahlhelmumzug wieder genehmigt. In Braunschweig dürfen sich also Republikaner nicht mehr auf den Straßen zeigen.

## Die Sparmaßnahmen Mecklenburgs

Stettin, 23. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Rechts-Regierung von Mecklenburg-Schwern hat zum Ausgleich ihres Etatdefizits zahlreiche Sparmaßnahmen angeordnet. So die Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge der ledigen und verheirateten Angestellten um fünf Prozent und zwar bei einer Mindestgrenze von 1500 Mark jährlich, weiter eine entsprechende Kürzung der Bezüge der Lohnempfänger, Verlängerung der Aufstiegszeit in den Dienstaltersgruppen um zwei Jahre, Herabsetzung des Wohnungsgeldzuschusses für Ledige auf 60 Prozent, Anrechnung der Dienstwohnung mit vollem Wohnungsgeldzuschuß, Herabsetzung der Tagelöhner der Beamtenwärter, Erhöhung der Jagdscheine und Abgaben der Notare, die von der bisherigen Gehaltskürzung nicht betroffen werden. Ferner sind vorgelegene Ersparnisse bei den Gewerbeschulen und Kaufmannsschulen, Ermöglichung von Personalkostenersparnissen bei Einzelverträgen, Verbot, die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Gemeinden günstiger zu regeln als für die Staatsbeamten. Die Regierung teilt weiter mit, daß eine weitere Ersparnis an den Personalausgaben voraussichtlich eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten bringen werde, durch welche der Höchstfuß des Ruhegehalts und des Wartegeldes von 80 v. H. auf 75 v. H. herabgesetzt werde. Eine weitere Notverordnung werde die Aufbringung des Unterschiedes durch die Allgemeinheit in der Weise regeln, daß die Steuerüberweisungen des Landes an die Gemeinden um zitta zwei Millionen Mark gekürzt werden und die Gemeinden zum Ausgleich zwei Einheiten der Bürgersteuer erheben könnten.

Von weiteren Kürzungen der Beamteneinkünfte hat die Regierung bisher Abstand genommen.

## Sachsens Sparprogramm

Dresden, 22. September. (Eigener Drahtbericht.)

Am Dienstag gab der sächsische Ministerpräsident Schied in einer Pressebesprechung den Inhalt der sächsischen Sparnotverordnung bekannt.

Schied führte u. a. aus: Er rechne damit, daß das Reich eine besondere Hilfsaktion zugunsten der Wohlfahrtsverwerbslosen unternehme und die Länder dadurch Beträge, die sie jetzt den Gemeinden zuführen müßten, erhalten. Unter dieser Voraussetzung sei für die Monate September bis März mit einem Fehlbetrag von 17,8 Millionen Mark zu rechnen. Die Fehlbetrag könnte die Landesregierung von der Einnahmenseite nicht bekommen und deshalb müßten Ersparnisse durchgeführt werden. In der Sparverordnung seien deshalb Verringerungen in Höhe von 28 um 3 vermindert werden. Ferner werde von 5 sächsischen Kreishauptmannschaften (Regierungsbezirken) die Hauptmannschaft aufgelöst. Der wahlfreie Unterricht an der Volkshochschule und an der Berufsschule, der über die verbindliche Wochenstundenzahl hinausgeht, werde beseitigt werden. Die Pflichtstundenzahl der Lehrer werde heraufgesetzt. Die Volkshochschulklassen sollen auf durchschnittlich 35 Schüler aufgestellt werden. Die in Sachsen bestehende Schlichtsteuer werde um 50 Prozent, die Stempelsteuer um 20 Prozent erhöht. In den Gerichts- und Verwaltungskosten komme ein Zuschlag von 15 Prozent. Die Gehälter der Beamten wurden allgemein um 5 Prozent in Ortsklasse A und 4 Prozent in den übrigen Ortsklassen gekürzt. Dazu komme der Wegfall von Zuschlägen. Das kürzungsplichtige Dienstentkommen werde sich jedoch nicht um mehr als 7 Prozent in Ortsklasse A und nicht um mehr als 6 Prozent in den übrigen Ortsklassen vermindern. Beamte über 60 Jahre könnten unter Umständen auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden. Die Gehälter der Gemeindebeamten sollen im wesentlichen in ähnlicher Weise Verringerungen unterworfen werden. Außerdem soll den Gemeindeleitungen die Verfügung erteilt werden, alle Maßnahmen durchzuführen, die zur Erzielung des Gleichgewichts im Gemeindehaushalt erforderlich seien.

**Extra-Tisch mit Strümpfen**

**Extra-Tisch mit Schläpfern**

**Kürzwaren zu Sonderpreisen**

**Grösste Auswahl Modewaren**

**Kamelhaar Schuhe enorm billig**

**Damenstrümpfe**  
feine, künstliche Waschseide, 4 fache Sohle, Spitzhochferse, moderne Farben

**88** Pfg.

**Damenstrümpfe**  
feinfädige Waschkunstseide, mit Mako plattiert, der elegante Strapazierstrumpf, neue Herbstfarben

**145**

**TIETZ**

**Damenschlüpfer**  
Kunstseide plattiert, in zarten Wäschefarben, Größe 42-48

**95** Pfg.

**Damenschlüpfer**  
Kunstseide, innen geraucht, tadellose Qualität, in modernen Wäschefarben

**145**

**TIETZ**

**Nadelbüchchen**  
gefüllt mit 20 verschiedenen Nadeln **5** Pfg.

**Perlmutterknöpfe**  
verschiedene Größen, **5** Pfg. Karte 24 Stück **5** Pfg.

**Stahlfachnadeln**  
Marke „Turt“ **10** Pfg. 50-Gramm-Dose **10** Pfg.

**Gummilitze**  
waschbar und kochar. **10** Pfg. 3-Meter-Karte **10** Pfg.

**Schuhsenkel**  
schwarz und braun, sehr strapazierfähig, 70 und 100 cm lang. **10** Pfg. 3 Paar **10** Pfg.

**Halbleinenband**  
stark, verschied. Breit., weiß, 3 Stück á 2 Mtr. **10** Pfg.

**TIETZ**

Schäfer-Angebot!  
**Jabol-Kragen**  
aus Crêpe Maroc, mit hübscher gebogter Spatztelspitze, ganz große Form, weiß und crème

**95** Pfg.

**Damen-Cachenez**  
farbig, aus reinseidenem Crêpe de Chine, handgemalte Muster

**390**

**TIETZ**

**Kamelhaar-Schuhe**  
Umschlagform mit Pompon, Wolle mit Baumwolle, kräftige Ledersohle, Größe 36-42

**165**

**Kamelhaar-Schuhe**  
Laschenform, rein Kamelhaar mit Wolle, mit genähter Ledersohle, Größe 36-42

**245**

**TIETZ**

**STADTHEATER**  
Donnerstag 20-23:  
**Don Giovanni**  
Freitag 20.15 bis 22.15:  
Abend-Vorstellung C 2  
**Martha**  
Sonnabend, 20 bis gegen 23  
In vollständiger  
Reinigungsernung  
**Die Birtusprinzessin**  
**LOBETHEATER**  
Täglich, 20.15-22.45  
**Phaea**  
Sonnabend 20.15:  
Zum 1. Male!  
**Elisabeth von England**  
Schauspiel v. Ferdinand Brünner  
**THALIATHEATER**  
Täglich 20.15 bis 22.15:  
**Die Hofe**

**Arbeitsbojen**  
Was und Keil durch Selbst-  
anfertigung kontarrenzlos  
von **4.50 bis 16 Mk.**  
Burgstraße 7, Krywalski.

**Ein Irrtum**  
ist es, wenn Sie annehmen,  
die kleine Anzeige  
habe nur in d. bürgerlichen  
oder sogenannten General-  
Anzeiger-Presse Erfolg  
**257 Offerten**  
gingen im April 1931 auf  
eine kleine Anzeige

**In der Volkswacht**  
ein. Deshalb inserieren auch  
Sie in der Volkswacht. Es ist  
**Ihr Vorteil!**

**Lebensbilder**  
ersch. von  
Willy Cohn  
**August Bebel**  
Mit 1 Bildnis  
**90 Pfennige**  
Buchhandlungen  
Volkswacht, Breslau

**Schauspielhaus**  
Donnerstag, den 1. Oktober 1931  
und täglich 8 1/2 Uhr:  
**Das Ereignis der Saison!**  
Gastspiel  
**Deutsches Theater, München**

Der Welt-Erfolg

**Im weißen Röhl**  
Operetten-Singspiel nach Blumenthal u. Kadelberg  
Musik von Ralph Benatzki

Ausstattung: Professor Ernst Stern  
Preise von 1.29 Mk. an - Vorkauf eröffnet

**Jahrhunderthalle**  
Sonntag, den 27. September, 17 Uhr  
**ORGELKONZERT**  
Gerhard Zeggert (Orgel)  
Charlotte Kräker-Dietrich (Sopran)

Karten zu 0.50 und 0.30 Mark Kinder die Hälfte  
Vorkauf: Barasch Hainauer Wertheim Jahrhunderthalle

**Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54**  
Heute **Ball halb und halb**  
Donnerstag

**Bettfedern**  
kaufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in  
der Böhmischen Bettfedern-Niederlage  
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.  
Kein Laden!

Zu allen Krankenkassen zugelassen  
**Dr. Lamm** prakt. Arzt  
Liegnitzer Straße 22  
8-10, 3-4

**Stoffe**  
für den  
**Anzug, Mantel, Sport**  
kaufe hier und kauf nicht dort  
denn **sehr billig**  
wie bekannt  
kauft man stets bei

**Kanus & Brand**  
Ring 10  
Nachweis von guten Maß-Schneidern zu mäßigen Preisen

**Circus Busch**  
Schaubühne / Tel. 291 35  
**4 Entscheidungen**  
Padman - Naber  
Favre - Grüneisen  
Kley - Fereslanof  
Becker - Kawan

**WAPPENHOF**  
Ab 4 Uhr:  
**Gr. Nachmittags-Vorstellung**  
2 Follies - Fritz Syväro - Rolf Rajazy  
Willy Wabenda - Ewy und Mary  
Clemens-Duo - Exquisite-Ballett  
Fred Kaiser mit seinen vielseitigen Künstlern  
Ab 8 Uhr:  
**Abend-Vorstellung**  
Zwei Kapellen **Ball** Zwei Kapellen  
Eintrittspreise: Nachmittags 30 Pl., Abends 50 Pl.

**Kontursversteigerung!**  
Im Auftrag des Kontursverwalters  
versteigere ich aus der Kontursmasse  
**Leo Schuhl** im Geschäftshotel, Ode-  
straße 7, Ecke Kurzerböschungstraße, am  
Freitag, den 25. September, ab 11 Uhr u.  
Sonnabend, 26. September, ab 10 Uhr  
circa 150 Stück fertige Knaben- und  
Herren-Konfektion, darunter Mäntel,  
Joppen, Emolings, Frackmäntel  
sowie 1 Seidjacket, Ledertisch usw.  
gegen Barzahlung.  
Beichtigung eine halbe Stunde vorher.  
**Josef Perl**  
vereideter Versteigerer und Taxator  
Breslau 22, Goethestr. 35, Tel. 351 95.

Verlangen Sie, bitte, ein Probeheft!

**Sozialistische Monatshefte**  
Herausgeber Joseph Bloch  
Preis pro Quartal 3 Mark, Einzelseit 1 Mark  
Vorzugsausgabe (auf besonders schönem Papier) pro Quartal 6 Mark, Einzelheft 2 Mark

Die Sozialistischen Monatshefte sind diejenige Zeitschrift, in der die Idee des Zusammenwachsens des Europäischen Kontinents und die organische Gestaltung der Welt in 5 großen Wirtschaftsimperien konzipiert und vor, während und nach der Kriegszeit am konsequentesten vertreten wurde.  
Jeder Freund des Europäischen Gedankens lese daher die Sozialistischen Monatshefte.

Das neueste Heft enthält:  
**Balthasar Weingartz** / Das Ende der Labourregierung  
**Dr. Carl Mierendorff** (M. d. R.) / Die Unbelehbaren  
**Julius Kallsky** / Bankenherrschaft oder Wirtschaftsführung?  
**Richard Seubert** / Reparationen und Finanzkrise  
**Paul Kampffmeyer** / Die nationale Idee und die Sozialdemokratie  
**Harri Bading** / Agrarpolitik und Arbeiterklasse  
**Felix Stössinger** / Deutschland und Frankreich  
**Ernst Untermann** / Der amerikanische Imperialismus  
**Dr. Adolf Behne** / Ueber Käthe Kollwitz  
**Walter Bauer** / Unruhe

Wirtschaftskrise und Außenpolitik / **Dr. Walther Maas** - Die innenpolitische Situation / **Will Koenemann** - Kreditkontrolle / **Dr. Walther Pahl** - Kantische und nachkantische Philosophie / **Dr. Christian Herrmann** - Der Oedipuskomplex / **Dr. Hugo Ehlers** - Die Mucopollethe / **Dr. Kurt Richter** - Begas 100. Geburtstag / **Dr. Otto Brattskoven** - Die Produktionskosten- senkung in der Landwirtschaft / **Dr. Hans Wilbrandt** - Die Foten: Lajo Brestano, Armand Fallières, August Forel, Maria Slavova, Hector Treub u. a. m.

Man abonniert in allen Buchhandlungen und auf jeder Postanstalt sowie direkt beim unterzeichneten Verlag.  
Für Bibliotheken bilden gebundene Bände der Sozialistischen Monatshefte ein wertvolles Nachschlagemittel.

Probehefte werden jederzeit kostenfrei übersandt.

Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35

**Bruckerei Volkswacht**  
modernere Drucksachen  
Breslau 2 Flurstraße 4

**Wohnungen**  
**R. Leierzimmer**  
mit Kochgelegenheit  
Off. mit Freizeug u. Gr. 2  
an die Volkswachtbuchhandlung  
Neue Graupenstraße 3.

**Wohnung in Obernigk**  
2 Zimmer und Küche  
Obernigk, nahe Bahnh.  
sofort zu vermieten.  
Anfragen unter R. B. 10  
an die Volkswachtbuchhandlung  
Neue Graupenstraße 3, III.

**Kleine Anzeigen**  
Sind kompakt gefasste ein-  
fache Anzeigen von Verle-  
gergeschäften u. a. nur von  
Privaten. Wort 3 Pfennige  
- seit 4 Pfennige.

Verkaufe billig: Soja mit  
ohne Umbau, Bücherei-  
Kleiderbügel, Flugzeug-  
rode, Tisch, Stühle, elektr.  
Grammophon, Gebirg-  
bisjunge 3, III.

300ccm DKW, fast  
für 350 Mk. billig zu  
2 Jahre, Tauchsenflichte

2 eierne Bettstellen  
Matratze, statt neu  
wenig gebraucht nur  
pro Stück Hartmann,  
Berlinerstraße 4

Gebr. Herrenrad, fast  
billig zu verkaufen bei  
Reichstraße 6, IV.

**Volkstümliche Arztkunde**  
Jeder Band nur **Mk. 2.-**

Dr. Kiefing: **Heilung von Magen- und Darmkrankheiten.**  
Dr. Hoppe: **Krampfadern und Hämorrhoiden.**  
Dr. Hoppe: **Heilung von Rheuma u. Gicht.**  
Dr. Hoppe: **Sexualleiden.**  
Dr. Hoppe: **Ueberwindung der Wechseljahre.**  
Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Arterienverkalkung.**  
Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Korperlenz.**

Zu haben in den  
**Volkswacht Buchhandlungen Breslau**  
Neue Graupenstraße 5 :: Flurstraße 4-6.

Breslauer Nachrichten

Vertreter und Funktionäre

Freitag, den 2. Oktober, 1930 Uhr, im großen Saale des Schießwerders

Vertreter- und Funktionärversammlung

Tagesordnung:

- 1. Die Aufgaben der Arbeiterklasse und der Beschluß des Parteiaussschusses. Referent Genosse Seydewitz-Zwickau.
2. Die Schutzstaffeln der Parteiorganisation Breslau. Referent Genosse Eckstein.

Anträge außerhalb der veröffentlichten Tagesordnung, in der Vertreter-Versammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der Vertreter-Versammlung dem Vorstand unterbreitet werden.

Mit beratender und beschließender Stimme nehmen an der Vertreter- und Funktionär-Versammlung teil: die gewählten Vertreter und Funktionäre sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Parteivorstandes.

Teilnahmerecht mit beratender Stimme haben: Die Redatoren des Ortsvereins, die Mitglieder der Pressekommission und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich, außerdem die Redakteure der 'Volkswacht'.

Als Ausweis ist die rote Vertreterkarte und die graue Funktionärkarte in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch mitzubringen. Ohne die Ausweise kein Zutritt zur Versammlung.

Die Flucht aus dem Leben

Gräßlicher Freitod eines Artisten

Auf dem Bahnkörper der Umgehungsbahn zwischen Klein-Neubrunn und Brodau hat sich am Kilometerstein 7,8 gestern vormittag der 20jährige Artist und Tänzer Simon Topfer aus Samarski in Polen unbemerkt vor einen Güterzug geworfen und wurde vollständig zerstückelt.

Aus dem Fenster eines Krankenhauses gesprungen

Im Krankenhaus der Landesversicherungsanstalt Schlesien an Höhenplatz kürzte sich am Dienstag die 23jährige Näherin Helene W. aus Schreppau, Kreis Glogau aus einem Krankenzimmer des dritten Stockwerkes und blieb schwerverletzt liegen, aber kurze Zeit darauf gestorben.

Verzweiflungstat einer Mutter

In ihrer Wohnung in der Elbingerstraße drehte in der vergangenen Nacht die 41jährige Ehefrau S. im Schlafzimmer den Kehrlauf auf, um sich und ihre Familie wegen wirtschaftlicher Notlage aus dem Leben zu schaffen.

Für Erhaltung des Mieterschutzes

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat den Dringlichkeitsantrag eingebracht, der heute zur Beratung steht:

Zeitungsnachrichten zufolge ist bekannt geworden, daß das Reichsministerium für Volkswohlfahrt beabsichtigt, in den nächsten Tagen eine Verordnung zu erlassen, die die Aufhebung des Mieterschutzes für Neubauten in Preußen für den 1. April 1932 vorsehen soll.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, der Preussischen Regierung energisch dahin wirken zu wollen, daß der Mieterschutz für die Neubauten nicht nur erhalten bleibt, sondern auch auf diejenigen Neubauwohnungen ausgedehnt wird, welche von gemeinnützigen Gesellschaften errichtet worden sind.

Die Meldezeiten für Arbeitslose

werden, wie uns das Arbeitsamt Breslau mitteilt, vom 5. Oktober 1931 an neu geregelt.

Die neuen Meldezeiten werden in den Wartebäumen und in den Zentral-Meldestellen durch Anschlag bekanntgemacht. Außerdem erhält jeder Arbeitslose ein Merkblatt, das die neuen Meldezeiten und diesbezügliche Anweisungen enthält.

Der Welt-Tierchutztag in Breslau

Veranstaltungen durch den Zoologischen Garten - Eine Sonderveranstaltung für die Kinder der Erwerbslosen

Anlässlich des Todestages von Franz von Süssmilch, in dem die Tierchutzvereine der Welt den ersten Kampf für das Tier zu führen beginnen, veranstalten die großen Tierchutzvereine in Deutschland und darüber hinaus auch in den übrigen Großstädten am Sonntag, den 4. Oktober einen Welt-Tierchutztag.

Kommunistenprozess geht weiter

Stahlhelm „mußte fürmen“ während der Angeklopfene um Hilfe rief

Der Kommunistenprozess beherrscht nach wie vor die Atmosphäre des roten Ziegelsteinbaues am Schweidnitzer Stadtgraben. Dafür sorgt schon der - überreichliche - polizeiliche Sicherheitsapparat; Posten vor allen Eingängen, Kontrolle aller Eintretenden und nochmalige Kontrolle derjenigen, die den Gang zu den Schwurgerichtssälen betreten, wobei nur wenige privilegierte Personen von der amtlichen Abtastung nach Waffen verschont bleiben.

Im Verhandlungssaal hingegen weicht das Bild nicht von dem üblichen ab. Es wird im allgemeinen sehr ruhig verhandelt. Die Angeklagten, weitaus ungezügelter als sonst das gerichtsgewohnte „Stammpublicum“ der Anklagebänke, sind

zwar mitunter etwas rebellig, aber keineswegs ausfallend, die Zeugen, auch die des Stahlhelms, durchweg sachlich. Nur der Vorsitzende neigt zu ironischen Bemerkungen, die mitunter von einer gewissen Gereiztheit zeugen, während der Anklagevertreter, mit dem Einglas im Auge, vergeblich versucht, die Planmäßigkeit des Vorfalls in der Mehlgaße am 30. Mai nachzuweisen.

Die Verhandlungen der letzten zwei Tage haben zwar eine gewisse Rekonstruktion des Vorfalls selbst, sonst aber außer eigenen Angaben der Angeklagten wenig Positives über die Schuldfragen ergeben. Am Dienstag wurden zunächst noch die Angeklagten vernommen, wobei ihr Verteidiger wiederum sehr eingehende Fragen stellte und die Aussagen von einer Stenotypistin protokollieren ließ.

Parteibewaffnung in der KPD.

Sehr anschaulich, übersichtlich und von Verständnis von der kriminalistischen Seite der Sache getragen, wenn auch nicht in allen Schlüsselfragen überzeugend, sind die Aussagen des Kriminalkommissars Schäfer, der über einen Teil der polizeilichen Vernehmungen berichtet und bestreitet, daß irgendwelcher „Druck“ ausgeübt worden sei. Daß Untersuchungshaft, ein drohendes Verfahren im Zusammenhang mit einem wenig geklärten politischen Mord an sich unter Umständen schon genügen könne, um verschleierte Angaben zu erzielen und überdies nur wenige nicht geistig tätige Menschen den polizeilichen Geplagenheiten des Protokollierens gewachsen zu sein pflegen, wird hier allerdings nicht mit in Rechnung gestellt.

Munitionstransport stammen dürften. Schäfer berichtet hierzu, daß ein Mann ausdrücklich eine Bekräftigung verlangte, da man es ihm sonst nicht glaube. Auch die Vollständigkeit der Waffen und der Munition sprächen für zentrale Beschaffung. In der KPD partei versteht man das besser. Dort ist das Waffentragen „streng verboten“, alles Uebrig überlasse man dem stets rechtzeitig auftretenden Zufall, und im Betretungsfalle liegen die Mordwerkzeuge immer irgendwo am Boden, wo die Feststellung ihres Besitzers unmöglich ist.

Kriminalkommissar Gahle ist der Ansicht, daß ein kleiner Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Ankläger, da dieser seine Anwesenheit vor der Aussage beanstandete. Später betonte Kommissar Gahle dann über die politische Seite der Angelegenheit, die Beurteilung des Antifa und ist der Ansicht, daß

der Überfall planmäßig vorbereitet sei

Er bezieht sich dabei auch auf die Anrufe in der K.Z., worauf der Verteidiger repliziert, daß ja auch die 'Volkswacht' gegen den Stahlhelm Stellung genommen habe. Eine weitere Frage des Rechtsanwalts Lande ergab, daß anlässlich des Stahlhelmtages an die 130 Verfahren eingeleitet worden sind. Sie sind, so erfährt man von der Staatsanwaltschaft - noch „in der Schwebe“. Hoffentlich schweben sie nicht zu lange, denn ihre Durchführung wird wohl erweisen, daß auch die ungetroffenen Stahlhelmsäfte keineswegs nur aus palmwedelnden Chorknaben bestanden.

Gummiknäppeln und anderen Werkzeugen in brutaler Weise niedergeschlagen. Neutrale Zeugen, an denen zu zweifeln kein Anlaß besteht, haben wie Müller sich schwerverletzt an einem Gasanbaltelabor emporzuringen versucht und in diesem Moment, anstehend aus dem nahen Gebüsch, niedergeschossen wurde.

Die stolze Fahnenkompanie, etwa 120 Mann mit sechzig Fahnen, zerfiel beim ersten Angriff der etwa 20 bis 30 Kommunisten in alle Winde. Sie lag dabei auch den schwerverletzten Kameraden, der ihnen nachrief „Kameraden, laßt mich nicht verlassen“, liegen. Nur der vorne am Zug befindliche Arndt versuchte, nach eigener Angabe, die Gleitenden zum Stehen zu bringen. Aber die wenigen, die auf ihn hörten, hielten nicht stand und „mußten auch fürmen“. Er lehnte dann aber doch gleich zurück. Müller war inzwischen von Passanten schon in die Nähe aufs Gras gelegt worden. Der Zug konnte mittlerweile im Schießwerder einrücken, wo der Führer der Abteilung, der Zeuge A. Gabriel aus Liegnitz, seine Mannen beruhigte, die „Luft hatten, die Häuser zu fürmen“, was jedoch seiner Auffassung nach, ein ganz aussichtsloses Unternehmen gewesen wäre. Ob man das Unternehmen frei nach General von Lohm bei 51 Prozent Aussicht durchgeführt hätte, wird leider nicht gefragt.

Die Aussagen der Tat- und Augenzeugen beginnen mit der Vernehmung von drei Stahlhelmsäulen - der Presse wird bedeutet, man möge ihre Namen nicht nennen - die, dies muß loyalerweise anerkannt werden, überaus sachlich berichten und nur bekunden, was ihnen mit Sicherheit wahrnehmbar erschien. Dann kommen Augenzeugen aus der Mehlgaße dran, die das Bild der Ereignisse jener Nacht abrunden. Zusammengefaßt ergibt sich etwa folgendes: Die Fahnenkompanie des Gau Niedererschlesien des Stahlhelms wurde nach dem Abmarsch aus dem Stadion von dem Gau getrennt, mußte schließlich, da die Polizei abrüden forderte, abmarschieren, konnte aber den vorgeschriebenen Weg bzw. die nicht zugelassenen Straßen nicht, und ging daher nach der Karte. Polizeibeamte, die sie um Führung baten, konnten ihnen den Weg nicht weisen, da sie selbst ortsunkundig waren und überdies Dienst an bestimmten Stellen hatten. Der Zug marschierte also ohne Führung und Begleitung der sonst so reichlich vorhandenen Polizei durch die Ottostraße und Mehlgaße. Dort ist der nationale Geist bekanntermaßen spärlich vertreten. Schimpfrufe wurden laut, Wasser aus den Fenstern gegossen, während der Stahlhelm, nach der Aussage des Zeugen Arndt aus Steinau „sich eins pfißt“, nach anderer Version Pieder lang. Dann stürzten die Kommunisten aus dem Lokal G u e r l i c h und gingen gegen die Stahlhelmsäulen vor. Ob Steine geworfen wurden, ist nicht ganz klar, aber doch anzunehmen. Jedenfalls wurde geschossen und Müller von mehreren Kommunisten mit

verschiedene Zeugen haben einen Mann im weißen Hemd und dunkler Hose gesehen, der schon, aber mit Bestimmtheit wird der ihnen gegenübergestellte Zeugen von ihnen nicht identifiziert. Eine Anwohnerin der Mehlgaße gibt auch an, daß ein Stahlhelmsäulemann einen waffenähnlichen Gegenstand aus der Brusttasche zog und ihr Mann betend, viele junge Burtschen - die Angeklagten sind in der Mehrzahl ältere Leute - bei den Angreifern des Zuges gesehen zu haben.

Da trotz der schon am dritten Verhandlungstage zutage tretenden Gleichmäßigkeit der Aussagen von der Anklagebehörde kaum auf einen der Belastungszeugen verzichtet wird und die Verteidigung ihre Zeugen noch nicht benannt hat, muß noch mit einer mehrtägigen Dauer des Prozesses gerechnet werden. rw.

9 Uhr früh ladet der Breslauer Tierchutzverein die Kinder der Breslauer Erwerbslosen zum Besuch des Zoologischen Gartens ein. Treffpunkt der Kinder von 9 bis 9 Uhr auf dem Platz der Republik. Auf entsprechende Vorstellungen des Breslauer Tierchutzvereines ist es dem Vorstand gelungen, bei der Direktion des Zoologischen Gartens für die Erwerbslosen-Kinder einen Ausnahmeeintrittspreis von 10 Pf. pro Kind festzusetzen. Abends um 8 Uhr des gleichen Tages findet im großen Festsaal des Breslauer Zoo eine künstlerische Feierstunde statt,

zu der außer Mitgliedern des Breslauer Lehrerergänzungsvereins und Frau Professor Helene Henke mehrere bekannte Mitglieder des Stadttheaters ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die künstlerische Feierstunde wird Orchesterkonzerte, Gelangsbearbeitungen, Rezitationen und eine Programmrede des ersten Vorsitzenden des Tierchutzvereines bringen. Außerdem wird der Tierwärter Schuler vom Zoologischen Garten aus seiner Praxis erzählen.

Werbung und Handwerk

Ein Sonderraum für das Handwerk auf der „Werba“

Im Rahmen der zurzeit im Generalkommando, Schweidnitzer Straße 25, stattfindenden Ausstellung „Werba“, Ausstellungen für Werbearbeit und Werberunterricht, ist in einem Sonderraum der Werbung des Handwerks besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Es wird gezeigt, wie drei Handwerksmeister gemeinsam an die Bearbeitung ihres Bezirkes herangehen, und wie sie diese Arbeit im einzelnen durchgeführt haben. In Form graphischer Darstellung ist die Umbauung der Werbearbeit durch die Meister wiedergegeben. Es wird dargestellt, in welcher Weise die zu bearbeitenden Empfängergruppen herausgestellt wurden und die notwendige Streifenart ausgebildet worden ist. Ebenso ist aus diesen Darstellungen ersichtlich, wie die drei Handwerksmeister eine Gemeinschaftswerbung betreiben, die durch die Einzelwerbung jedes Meisters ergänzt wird. Die wiedergegebenen Werbepläne und Kostenaufschläge vermitteln einen interessanten Einblick in die Arbeit und zeigen, daß auch mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine ziemlich intensive Werberbeit ermöglicht werden kann. Die Darstellungen sind nicht nur anschaulich, sondern in jeder Hinsicht überzeugend. Der Ausstellungsbesucher, der diesen Tafeln seine besondere Aufmerksamkeit widmet, wird manche Anregung mitnehmen. Gerade bei der zeitweiligen Notlage des deutschen Handwerks ist dieser Raum der Ausstellung für den selbständigen Handwerker von besonderer Bedeutung. Jeder Handwerker sollte es möglich machen, eine Stunde Zeit für den Besuch der Ausstellung zu opfern und besonders den Raum Werbung und Handwerk eingehend durchzuarbeiten. Manche Anregung, die jeder im Betrieb nützlich auswerten kann, wird den Besuch lohnend machen.

Eltern, Genossen, Gewerkschafter!

Stadtschulrat Dr. Kurt Löwenstein-Berlin, M.D.R., Führer der Kinderfreunde und sozialistischer Kulturbewegung, spricht in einer

Massentundgebung

am Sonnabend, 20 Uhr, im großen Saal des Schießwerders über

Kampf der Kulturreaktion

Wir fordern alle unsere Mitglieder auf, diese Protestversammlung gegen die Kulturhände der RotverordnungsPolitik zu besuchen.

Eintrittspreis: 50 Pf., Mitglieder der Arbeiterorganisationen 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Sozialdemokratische Partei Groß-Breslau, Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde, Deutscher Elternverband Breslau, Freie Elternvereiner Breslau, Sozialistische Studentenschaft.

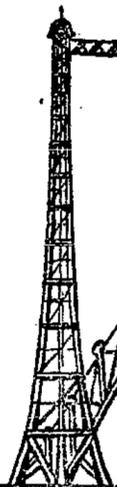
Lernanfänger bis 30. September zur weltlichen Schule anmelden!



# die Brücke

hohe Qualität

geschlagen zu haben zwischen niedrigem Preis und hoher Qualität, darin liegt das Geheimnis, weshalb wir überall dort, wo wir uns niedergelassen haben, schon nach kurzer Zeit so erfreuliche Erfolge buchen konnten.



niedriger Preis

Nicht zuletzt auch in unserer Abteilung Herren-Kleidung. Wie es uns gerade hier möglich ist, zu diesen mit Recht so bestaunten niedrigen Preisen Kleidung zu liefern, die jeder Kritik standhält, die im Tragen dankbar ist und ihre gute Form bewahrt . . . das wollen wir Ihnen in einer Serie von Anzeigen vor Augen führen.

Schenken Sie diesen Anzeigen Ihre Aufmerksamkeit! Es wird zu Ihrem Vorteil sein, wenn Sie feststellen, wie berechtigt es ist, wenn wir Ihnen raten:

42<sup>50</sup>



Ein gutes Beispiel bietet dieser fesch blaue Anzug aus reinwollenem Kammgarn (vom öffentlichen Warenpflicht), vorzüglich verarbeitet und von unsich seit Jahren bei uns aufs beste bewährt hat. Sie bekommen ihn heute bei uns für nur

**GEHEN SIE ZU**

**Breslau**  
Ohlauerstr. 10-11  
Ecke Altbüßerstr.

**C & A**  
BRENNINKMEYER

Neudruck von Wort und Bild verboten!

## Landwirtschaftliches Schulwesen in Niederschlesien

Als im Jahre 1856 in dem kleinen Dörfchen Zodel bei Görlitz die erste Ackerbauerschule in Schlesien errichtet wurde, war der Zweck solcher Schulung für den Landwirt schon klar vorgezeichnet, die jungen Männer — an die Frauen dachte man damals überhaupt nicht — sollten „für den selbständigen und zweckmäßigen Betrieb der Landwirtschaft auf kleinen ländlichen Besitzungen“ vorgebildet werden. Wie stark die Notwendigkeit solcher Schulungsarbeit auf diesem volkswirtschaftlichen Gebiete war, geht schon aus der rasch ansteigenden Entwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens hier in Niederschlesien hervor. Bereits im folgenden Jahre wurde eine zweite Schule errichtet und im Laufe der nächsten Jahrzehnte sehen wir bereits ein ausgedehntes landwirtschaftliches Schulsystem hier in Schlesien.

Die Not der schlesischen Bauern, die nicht immer in der Lage waren, ihre Söhne mehrere Monate von der Wirtschaft fernzuhalten, dann aber auch der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, engten in späteren Jahren diese Entwicklung ein. Erst nach der Revolution die Landwirtschaftskammer im Verein mit den Kreis kommunalverbänden auch für würdige Schulräume sorgten, konnte diese Bildungsarbeit in erweitertem Maße aufgenommen werden. Heute haben wir bereits eine Auswahl verschiedenster landwirtschaftlicher Schulen hier in Schlesien, die hier in kurzen Umrissen aufgezeichnet werden sollen.

Das heutige gegliederte landwirtschaftliche Schulwesen ist bemüht, den Anforderungen des modernen Landwirtschaftlichen Betriebes Rechnung zu tragen und möglichst alle Zweige landwirtschaftlichen Betriebes zu umfassen. Für Ausbildung von Lehrlingen größerer und mittlerer Betriebe, Besitzern, Pächtern, Güterbeamten usw. ist von der Landwirtschaftskammer

**höhere Lehranstalt für praktische Landwirte**  
in Schweidnitz eingerichtet worden, die eine staatlich anerkannte und auch staatlich unterstützte Fachschule ist. Hier wird vor allem Wert auf ausstreichenden theoretischen Unterricht gelegt. Der Lehrgang, der sich auf ein Jahr erstreckt, wird eine Vorbereitung verlangt, die etwa der mittleren Reife entspricht, und eine Praxis von mindestens 4 Jahren. Der Besuch dieser höheren Lehranstalt und das Bestehen einer Abschlussprüfung berechtigen u. a. zur Führung des Titels „Staatlich geprüfter Landwirt“.

Kommt diese Anstalt lediglich für einen relativ kleineren Kreis von Landwirten in Frage, so haben die

**höheren Landwirtschaftsschulen**  
für die Ausbildung weiterer landwirtschaftlicher Kreise schon größere Bedeutung. Sie sind vor allen Dingen die Bildungsorte für den Nachwuchs des mittleren Besitzes. Wir haben hier in Niederschlesien je eine in Brieg und Liegnitz. Auch sie genießen staatliche Unterstützung und unterstehen der Aufsicht des Staates. Da der Unterricht hier mehr auf das Land abgestellt ist, so wird hier naturgemäß Naturwissenschaften stärker betont und mehr landwirtschaftlicher Fachunterricht erteilt. Der Schule in Liegnitz ist außerdem noch ein Pädagogisches Seminar für Landwirtschaftslehrer angegliedert.

Die wichtigsten landwirtschaftlichen Bildungsstätten sind aber zweifellos die **Landwirtschaftsschulen**, da hier vor allen Dingen dem Kleinbesitz die Möglichkeit zur Ausbildung seines Nachwuchses gegeben ist. Solcher Schulen gibt es bereits 31 in Niederschlesien. Im vergangenen Winterhalbjahr sind diese Schulen von weit über 1000 Schülern besucht worden. Der Unterricht ist hier noch mehr als in den vorgenannten Schulen auf die praktische

Ausbildung abgestellt. So findet ein großer Teil des Unterrichts draußen im Freien statt. Da die Voraussetzungen gerade zu diesen Anstalten aus den Reihen der Kleinbauern recht verschiedene sind, so gliedern sich diese Schulen in ein- und zweiklassige Lehrgänge und einklassige mit durchgehendem Lehrgang. Obgleich das Schulgeld durchschnittlich nur 10 Mark den Monat beträgt, ist der Besuch gerade dieser Schulen in der letzten Zeit zurückgegangen, weil der kleine Landwirt heute oft nicht mehr in der Lage ist, selbst diese Summe aufzubringen. Man ist darum schon dazu übergegangen, die Unterrichtsstunden so zu legen, daß die Schüler die Möglichkeit haben, falls sie in der Nähe der Schule zu Hause sind, am Abend wieder heimzukehren, um so die Pensionskosten zu sparen.

Verbunden mit den Landwirtschaftsschulen sind die sogenannten

**Wirtschafts-Beratungsstellen**, die von den hauptamtlichen Lehrkräften der Landwirtschaftsschulen besorgt werden. Dadurch entsteht eine organische Verbundenheit zwischen beiden Einrichtungen, da die Erfahrungen aus der Praxis, wie sie am besten in den Beratungsstellen zum Ausdruck kommen, wiederum ausbringend im Unterricht verwendet werden können. Von besonderer Wichtigkeit sind die erst später eingerichteten Siedlerberatungsstellen, die vor allen Dingen den Siedlern mit Rat und Hilfe zur Seite stehen. Einzelne Landwirtschaftsschulen sind dazu übergegangen, besondere Siedlerberatungsstellen einzurichten, wo technische und betriebswirtschaftliche Neuerungen und Verbesserungen gezeigt und gefördert werden.

Weiten Kreisen noch völlig unbekannt ist das

**ländlich-hauswirtschaftliche Schulwesen**, das heute von der Landwirtschaftskammer im weitesten Sinne gefördert wird. Hier wird ein Unterricht erteilt, der weit über rein hauswirtschaftliche Tätigkeit hinausgreift und ähnlich wie bei den vorgenannten Schulen auch eine rein landwirtschaftliche Schulung umfaßt. Zu diesem Zwecke sind in den bereits bestehenden Landwirtschaftsschulen besondere Mädchenklassen eingerichtet, die besonders für die Töchter aus kleinbäuerlichen Betrieben gedacht sind. In 20 Unterrichtsmoaten mit je 30 Stunden wird hier der Unterricht erteilt. Größeren Umfang einer Landmädchen-Ausbildung zeigen dann die landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen, von denen die niederschlesische Landwirtschaftskammer drei unterhält. Hier sollen die jungen Mädchen zu einer sachgemäßen Führung eines Landhaushaltes befähigt werden. Die Ablegung einer eingehenden Prüfung berechtigt dann unter anderem auch nach weiterer Ausbildung zu einer Reihe von bevorzugten Stellungen in der landwirtschaftlichen Bildungsarbeit.

Eine besondere Stellung im landwirtschaftlichen Ausbildungsdienst nimmt die

### Wirtschaftliche Frauenschule Maidhof zu Gnadenfrei

ein, die dem Reichssteiner Verband für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande gehört, von der Provinz wie von der Landwirtschaftskammer aber subventioniert wird. Es ist wohl die ausgebaute Schule dieser Art und umfaßt unter anderem ein zweijähriges Seminar zur Ausbildung von Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde. Außerdem wird im gleichen Institut noch ein besonderes Frauenlehrgang wie ein Haushaltungskursus gehalten. Hier wie dort ist die Ausbildung eine äußerst gründliche und geht weit über den rein landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Unterricht hinaus. Die Schule ist im großen Gebäude der ehemaligen Brüdergemeinde untergebracht und gleichzeitig mit einem Internat verbunden. Der Besuch dürfte hauptsächlich sich nur auf Mädchen begüterter Kreise erstrecken, da das hier zu zahlende Schulgeld relativ hoch ist.

In diesem kurzen, mehr schematisch als kritisch und eingehender betrachteten Ueberblick kam es vor allen Dingen einmal darauf an, unserer Leserschaft einen Einblick in die immerhin nicht unwesentliche Bildungs- und Schulungsarbeit auf dem Lande zu geben. Man ist sicher erstaunt über die verhältnismäßig große Anzahl von Schulen und Bildungsstätten auf dem Lande allein hier in Niederschlesien. Das ist um so erfreulicher, als ja das ländliche Fortbildungsschulwesen allein schon aus technischen und räumlichen Gründen bei weitem nicht die Bedeutung hat, als das Fortbildungswesen in der Großstadt. Auf einer Besichtigungsfahrt hatte man Gelegenheit, sich einige dieser Anstalten ein wenig näher anzusehen und es war erstaunlich, zu sehen, in welchem Umfang sie den praktischen Anforderungen des heutigen Landwirts, in wie weitem Maße sie besonders auch der weiblichen Landjugend Rechnung tragen. Wir halten gerade die Ausbildung des kleinbäuerlichen Nachwuchses in der kommenden Zeit für um so wertvoller, als es ja in Deutschland in der Zukunft in der Hauptsache darauf ankommen wird, weniger große Latifundien, zu wirtschaften, als vielmehr zu einer Qualitätsproduktion auch in der Landwirtschaft zu kommen. Wenn in der letzten Zeit so viel von der autarken Wirtschaft gesprochen wird, was in der allgemeinen Bedeutung natürlich großer Unfug ist — so wäre in allererster Linie an eine solche Umstellung der Landwirtschaft zu denken. Allerdings müßte einer durchgreifenden Umstellung auf eine Qualitätsproduktion zunächst eine Umstellung der großen, zum Teil unrentablen Güter vorausgehen und eine größere Anzahl von neuen Siedlungsstellen geschaffen werden. Nach dieser Seite gesehen, gewinnt der heute an den verschiedensten Schulen erteilte Unterricht erhöhte Bedeutung. Den Landwirtschaftsschulen und ihren angegliederten Wirtschafts-Beratungsstellen müßte dann eine größtmögliche Unterstützung zuteil werden.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht

# Herzberg & Co.

Ostdeutschlands  
größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate  
in Breslau in 7 Filialen ab:  
Höfchenstraße 48  
Leubnerstraße 10  
Klosterstraße 64  
Frankfurter Str. 103, gegenüber dem Schlachthof



Vom Faß, per Liter  
Breslauer 32% 2.65  
Balthasar-Creme 2.90  
Franzbranntwein 4.40  
Weinbrandverschnitt 3.45  
Weinbrand, echt 4.40  
96% Spiritus 7.00



Liköre vom Faß per Liter  
30% 3.70 35% 4.30  
Liköre in Flaschen per Flasche  
30% 3.10 35% 3.60  
Stonadorfer, Blutorange, Ingwer, Curacao, Alpenkräuter, Pralinen, Nelke, Pommeranze, Sherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb  
Kümmel, Pfeffermünz, Anis 30% per Ltr. 3.40



Vom Faß  
Herzberg's  
Jamaika-Rum-Verschnitt zum Tee und Grog per Liter 3.60  
Himbeersaft per Liter 1.20

Deutscher Weinbrand  
Marke Urkraft aus französ. Weinen in Flaschen Deutscher  
Weinbrand \*\* 3.50  
Weinbrand \*\*\* 4.00  
Weinbrand \*\*\*\* 5.00  
Verschnitt 3.20-2.80

**Wir unterhalten keine Destillen mit Sitzgelegenheit, sondern nur reine Verkaufsstellen.**

## Die Reichsbahn betrogen? Riesen-Betrugsprozeß in Oppeln

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Oppeln begann unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Weiß der mit großer Spannung erwartete Reichsbahnbetrugsprozeß gegen den Kaufmann Bruno Böhnisch aus Oppeln, den Eisenkaufmann Egon Gedat aus Briesg, den Material-Oberaufseher Paul Woschet aus Oppeln und den Kaufmann Dr. phil. August Wilczel aus Berlin-Tempelhof.

Dem Angeklagten Böhnisch wird zur Last gelegt, das Eisenbahnausbesserungswerk in Oppeln durch Betrügereien bei Materiallieferungen um etwa 78 000 Mark geschädigt zu haben. Ferner wirft die Anklageschrift dem Angeklagten Woschet Urkundenunterdrückung und aktive Bestechung vor. Gegen Gedat lautet die Anklage auf Betrug in Höhe von zirka 41 000 Mark und Urkundenfälschung, gegen Dr. Wilczel auf Betrug in Höhe von 8 000 Mark und passive Bestechung. Dr. Wilczel war zur Verhandlung nicht erschienen. Sein Verteidiger überreichte ein ärztliches Attest, wonach Dr. Wilczel wegen eines Nervenleids (!) sich in einem Sanatorium befindet und innerhalb der nächsten drei Wochen voraussichtlich nicht vernunftfähig sein werde. Das Gericht beschloß das Verfahren gegen Dr. Wilczel abzutrennen und ihm auszugeben, innerhalb von fünf Tagen ein neues Attest über seine Verhandlungsunfähigkeit beizubringen.

Bei der Vernehmung bestritten sämtliche Angeklagten ihre Schuld. Darauf wurde Reichsbahninspektor Menzel-Breslau vernommen, der seinerzeit die Untersuchung in der Angelegenheit geführt hat. Er gab eine genaue Schilderung, wie die Bestellungen hätten vorgenommen werden müssen, und führte aus, daß der vorchriftsmäßige Weg in Oppeln nicht beschritten worden sei. Große Vorauszahlungen für Lieferungen gaben den angeklagten Kaufleuten anscheinend die Möglichkeit, die ihnen zur Last gelegten Betrügereien auszuführen. Anschließend äußerte sich der Direktor des Oppelner Reichsbahnausbesserungswerkes zunächst über buchungstechnische Fragen.

### Oberdurchsicht bei Glogau

Dienstag nachmittag wurde der letzte Trenndamm im neuen Oberuferbett bei Zerbau, Kreis Glogau, durch den Sagger befestigt. Der Strom durchbrach die freigelegte Lücke und spülte den Rest des Damms weg. Als erstes Schiff passierte der Regierungsdampfer „von Seydewitz“ das neue Strombett. Die Gesamtlösung dieser Oberregulierung bei Glogau betragen etwa zwei Millionen Mark, wovon 700 000 Mark auf den Oberdurchsicht entfallen. Die gesamte Stromtrede ist seit Mittwoch für den Schiffsverkehr freigegeben.

### Bürgermeisterwahl in Sagan

Die Stadtverordnetenversammlung von Sagan beschloß in geheimer Sitzung mit allen gegen die drei kommunalistischen Stimmen die Wiederwahl des Exiten Bürgermeisters Dr. Kolbe und des Bürgermeisters Skerka auf weitere 12 Jahre.

### Schnee im Gebirge

Bei 2 bis 4 Grad Kälte hat es im Hochgebirge mehrfach kräftig geschneit. Gestern morgen betrug die Schneehöhe bis 750 m Seehöhe herab etwa 8 cm. Die noch auf den Feldern im Gebirge stehenden Gerstebuppen sind mit einer Schneelage bedeckt.

Wiesau, Kreis Sagan. Erhängt und selbst verbrannt. Hier bemerkten Sonntag in den ersten Morgenstunden von einem Vergnügen heimkehrende Ortsbewohner einen Brand in der Wohnung des 82jährigen Rentnempfängers Gottlieb Schade. Hilfsbereite Personen und die Feuerwehr konnten den Brand bald löschen. Schade wurde vor der Tür liegend tot aufgefunden. Er hatte sich erhängt, die Schnur war jedoch durchgebrannt, wie auch die Leiche stark angekohlt war.

Grünberg. Beeinträchtigung der Weinlese. Infolge der regnerischen Witterung haben die Rebbergärten sehr gelitten, und zwar der „Blauschönedel“ und „Böhmische“ durch Fäulnis und Abfallen der Beeren, während die weißen Weinsorten noch der Vollreife bedürfen. Es wurde daher der Beginn der offiziellen Weinlese auf den 30. September festgesetzt.

Viegnitz. Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Nazi. Unlänglich eines Auges nach der Reichsbanner-Versammlung, in der Genosse Deutsch-Wien gesprochen hatte, gerieten Reichsbannerleute mit Nazi am Viegnitzer „Braunen Haus“ in Streit. Es kam zu Tätlichkeiten, doch griff bald darauf die Polizei ein und verhinderte weitere Folgen. Zwei Personen wurden verletzt.

Viebau. Herzschlag auf der Straße. Auf dem hiesigen Marktplatz wurde der 72jährige Landwirt Streder von einem Herzschlag ereilt und verstarb nach wenigen Minuten.

## Bezirks-Konferenz

der sozialdemokratischen Kommunalvertreter  
Bezirk Mittelschlesien

Die Notverordnungen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit in den Kommunen machen eine Herbitzung der sozialdemokratischen Kommunalvertreter Mittelschlesiens erforderlich. Wir berufen daher für

Sonntag, den 11. Oktober 1931,

normittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau eine Bezirks-Konferenz aller sozialdemokratischen Kommunalvertreter des Bezirkes Mittelschlesien ein.

Die Tagesordnung lautet: 1. Die Notverordnungen und ihre Auswirkung auf die kommunale Selbstverwaltung. (Referent wird noch bekanntgegeben.) 2. Unsere Winterarbeit. (Referent Genosse Hoffmann-Weißerhagen.) 3. Freie Aussprache.

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der Kreisarbeitsgemeinschaften, die sozialdemokratischen Vertreter in Stadt-, Kreis- und Gemeinde. Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.

Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Kommunalvertreter im Bezirk Mittelschlesien  
J. A. Bretthorst.

Landeshut. Bürgersteuer anbehalten. Eine Reihe Gemeinden im Kreise Landeshut hat sich bisher der Einführung der Bürgersteuer widersetzt. Der Kreisaußschuß hat nunmehr beschlossen, für diese Orte die Einführung der Bürgersteuer anzuordnen. Dies betrifft die Orte Reupendorf, Schwarzwaldau und Rohnau mit je 150 Prozent Zuschlag und Rothenbach mit 200 Prozent Zuschlag.

Sagan. Jugend, die am Leben verzweifelt. Hier sprang ein 17jähriger Bürolehrling aus der dritten Etage in den Hof. Er blieb mit gebrochenen Beinen und anderen schweren Verletzungen auf dem Pflaster liegen und mußte in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus überführt werden. Der Lehrling war bei der Firma Engemann & Co. beschäftigt und in eine Unternehmung wegen eines Büroneinbruchs bei dieser einbezogen worden, was er sich offenbar so sehr zu Herzen nahm, daß er seinem Leben ein Ende zu machen versuchte.

Langenbielau. Flüchtiger Sparkassenbeamter festgenommen. Im August dieses Jahres hatte der Sparkassenbeamte Härtel bei der städtischen Sparkasse in Langenbielau 2000 Mark unterschlagen und war dann in die Tschscholowsee geflüchtet, wo er sich längere Zeit unter falschem Namen aufhielt. Nunmehr ist es der Polizei in Opatowitz gelungen, den Flüchtigen festzunehmen.

Sowislo, Kreis Militsch. Ein Hund als Lebensretter. Beim Wasserhopschen verlor die 15jährige Tochter Selma des Gutsbesizers Fritz Schiske das Gleichgewicht und fiel in die Schäfte. Die Verunglückte wäre ertrunken, wenn der sie begleitende Hund nicht sofort ins Wasser gesprungen wäre und sie, an der Schulter fassend, ans Ufer gezogen hätte.

Kattowitz. Gefängnis für oppositionelle Journalisten. Drei verantwortliche Redakteure oppositioneller Zeitungen standen hier dieser Tage vor dem Presserichter Herr Strzyppczak von der „Polonia“, erhielt für einen Artikel über die Abteilung 2 im Kriegsministerium eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen jubiliert. Genau so erging es dem Verantwortlichen Dr. Hoffmann von der „Kattowitzer Zeitung“ wegen dem Artikel: „Keine Sühne für Hohenbirken“, wofür er ebenfalls 14 Tage Gefängnis und für den Artikel „Gefährlicher Terror ungeführt“ noch extra 300 Tloty Geldstrafe erhielt. Herr Rakus von der „Tribuna Slonja“ erhielt 14 Tage Gefängnis und zusätzlich 14 Tage Arrest wegen zwei Artikeln in der Nr. 6 und 7 des zitierten Blattes.

necker Zeitungen standen hier dieser Tage vor dem Presserichter Herr Strzyppczak von der „Polonia“, erhielt für einen Artikel über die Abteilung 2 im Kriegsministerium eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen jubiliert. Genau so erging es dem Verantwortlichen Dr. Hoffmann von der „Kattowitzer Zeitung“ wegen dem Artikel: „Keine Sühne für Hohenbirken“, wofür er ebenfalls 14 Tage Gefängnis und für den Artikel „Gefährlicher Terror ungeführt“ noch extra 300 Tloty Geldstrafe erhielt. Herr Rakus von der „Tribuna Slonja“ erhielt 14 Tage Gefängnis und zusätzlich 14 Tage Arrest wegen zwei Artikeln in der Nr. 6 und 7 des zitierten Blattes.

## Aus der Umgebung

### Scheunenbrand in Herrmannsdorf

Gestern nachmittag wurde die Breslauer Feuerwehr zu einem Landfeuer nach Herrmannsdorf alarmiert, wo die zweieinige große Scheune mit Getreuvorräten auf noch unermittelte Weise in Brand geraten war. Die Landprize der Breslauer Feuerwehr sowie die freiwillige Feuerwehr Gohlschmieden brauchten jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da der Brand bei ihrem Eintreffen bereits von der Herrmannsdorfer freiwilligen Feuerwehr mit zwei Schlauchleitungen gelöscht worden war.

Diese Scheune ist schon einmal vor kurzem ein Raub der Flammen geworden und war gerade erst wieder aufgebaut. Man vermutet am Ort, daß in beiden Fällen die Ursache in einem Rauecht zu suchen ist.



## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174  
Telephon 5900, 5901  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch Freitag von 9-12 u. 16-18 Uhr

### Achtung, Kreisstagsfraktion und Engerer Vorstand!

Wegen dringender Beratungen berufe ich hiermit für Sonnabend, den 26. September, 10 Uhr, ins Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses eine Sitzung der Kreisstagsfraktion, zuzüglich der Engeren Vorstandsmitglieder ein.

Besondere Einladungen ergehen nicht. Wer es aber möglich machen kann, erscheine bestimmt zu dieser Sitzung.

Der Kreisstagsvorsitzende  
Biewald.

Bratisch-Weide. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Schneider, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Wangern. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Michael, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Brisch.

Rein-Sägewitz. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Seidel, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Biewald.

Groh-Heidau. Donnerstag, den 24. September, 20 Uhr, bei Stellmach in Rippner, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Groh-Saab. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Schwank, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Faulhaber.  
Hausse. Freitag, den 25. September, bei Weiche, öffentliche Versammlung, 20 Uhr. Redner: Genosse S. Lübe.  
Breslau.

Sonnabend, den 26. September, 16 Uhr, findet im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses in Breslau eine

### Konferenz

der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Mittelschlesiens statt.

### Tagesordnung:

1. Die Ferientätigkeit im Jahre 1932.
2. Aussprache.
3. Referat von Genossen Löwenstein, Berlin, über „Die wirtschaftliche und politische Situation als Hemmung unseres Erziehungswesens“. Vertreter von befreundeten Organisationen sind hiermit eingeladen. Parteimitgliedsbuch als Ausweis ist mitzubringen. Freundschaft!

Die Bezirksleitung.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein Neumarkt. Sonnabend, 26. September, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Redner: Kamerad Steiner-Breslau.

### Nasse Füße

sind bei dem Wetter an der Tagesordnung. Schnupfen u. Grippe sind die Folgen. Du kannst das vermeiden, wenn Du ganze Schuhsohlen hast. — Kaufe Dir heute noch das gute Kernleder zu niedrigsten Preisen von

Walter Neuser, Neumarkt 21

Gegen Partei- oder Gewerkschaftsausweis 5% Rabatt!



## VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg 5

Größte

Versicherungs-Gesellschaft Deutschlands

Versicherungsleistungen: Ueber 12 Millionen Mk. seit November 23 (Ende der Inflation)

Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme, 150 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 100 Millionen RM. Prämienreserve, über 32 Millionen RM. Gewinnanteile, zusammen über 132 Millionen RM.

Nähere Auskunft erteilen die Gewerkschaften, die Vertrauensleute der Volksfürsorge und die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstr. 17, Zimmer Nr. 30-31, Ruf 502 81, oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5.

## Berücksichtigt unsere Inferenten!

## Achtung, Genossen!

Ihr braucht  
Fahrradlampen

Wir bieten größte Auswahl zu billigst. Preisen ab Mk. 1.85

Kompl. Dynamo-Anlagen ab Mk. 6.75

Das neueste Modell, abblendbar mit 2 Birnen und Schweschloß Mk. 13.75

Decken nur prima . . . ab Mk. 1.75

Fabrikat Conti, Excelsior, Dunlop usw. Mark 2.00, 2.30, 2.50, 3.00 usw.

Naturgummi-Decken 3.50

Schlauchreifen

Fabrikat Pollak, Conti usw. ab Mk. 5.00

Fahrräder und Rahmen, sowie sonstige Ersatzteile zu bekannt billigen Preisen.

Genossen und Gewerkschafter gegen Ausweis 5% Sonder-rabatt!

Fahrradhaus Sieg

BRESLAW Neumarkt 19 (neben Barasch) das Volksfahrradhaus.

## Hautjucken, Flechten Offenen Füßen, Krampfadern

auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende

San.-Rat Dr. Strahl's Haussaibe

seit Jahrzehnten ärztlich empfohlen und bewährt. In Original-Dosen à 1.25, 2.30 und 4.30

Zu haben in Apotheken

wenn nicht vorrätig, Versand spez. abrei durch

Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19 62

Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)



## Mobilisierung gegen Winternot



hunderttausende sind im bevorstehenden Winter von schwerster Not bedroht, wenn es nicht gelingt, die Hilfe des Staates durch private Hilfe zu ergänzen. Deshalb haben sich überall

Organisationen gebildet, um die private Hilfe für den Winter zu mobilisieren. Unsere Aufnahme zeigt Propagandawagen der Winterhilfe in den Straßen Berlins.

## Vor dem ersten Stich

### Flüsse, die durch einen Saal fließen — Besuch in der Preussischen Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffsbau

Mitten im Tiergarten, dem großen Park im Herzen Berlins, leuchtet die Sonne hell durch das Blätterdach der Bäume auf das große Giebelgebäude, auf die Säle, auf denen sich Müllergänge und wirkliche Arbeitsplätze finden — und auf ein langgestrecktes Gebäude, das in kurzen Abständen von Stadtbahnhöfen über die schmale Spree-Insel poltern, erschüttert wird: es ist die Preussische Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffsbau.

Hier, umgeben von der Ruhe der Natur, arbeiten ernste Geister an wissenschaftlichen Laboratoriumsversuchen. In großen Sälen haben sie sich mit Hilfe von Zement, Kies und Holz Röhren und Kanäle nachgebildet; durch Schleusen, über Wehre, in winzige kleine Häfen hinein lassen sie das Wasser tagelang wochenlang fließen, beobachten, berechnen — und sagen dann den Technikern, wie sie am besten ihre Wasserbauten anlegen sollen. Fast alle deutschen Ströme sind schon einmal durch diesen Saal gelaufen, und dasselbe, was wir als Kinder taten, indem wir aus nassem Sand Dämme und Kanäle formten und gruben — das tun hier die Wissenschaftler mit Hilfe der verschiedensten Hilfsmittel. Alles, was zum Gebiet des Wasserbaus gehörte: Anlage von Häfen, Vertiefung von Flußbetten, Bau von Staudämmen, Regelung von Flußufern, Errichtung von Schleusen und Wehren, das hier lange vor dem ersten Spatenstich an kleinen Modellen, in allen ihren Maßstäben genau der Natur nachgebildet, praktisch ausprobiert werden. Wo der Ingenieur mit seinen Planen und Tabellen nicht mehr weiter kann, beginnt die Arbeit in der Versuchsanstalt.

Da ist irgendwo in der Oase ein Fischereihafen angelegt worden, dessen Einfahrt immer wieder verlandet. Die Wissenschaftler wenden sich an die Wissenschaftler im Laboratorium: sie legen die günstigste Gestalt der Hafeneinfahrt. Die Versuchsanstalt hat eine naturgetreue Modell der Röhre an. Mit ihren Pumpen holen sie Wasser aus einem tiefen Brunnen, lassen es in großen Kästen fließen, wo es die Röhre als Miniaturmeer durchfließt. Eine Maschine stellt künstlichen Wellenschlag her. Und man kann in aller Ruhe die Verhältnisse übersehen und die günstigsten Bedingungen für den Bau der Molen, der Hafeneinfahrt und was sonst noch alles zu einem Hafen gehört, ausarbeiten und den Hafenbauern mit guten Ratschlägen helfen. Gegenüber dem Miniaturhafen steht das Modell einer Schleuseneinfahrt. Ein kleines Schiffsmodell, das einem modernen 1000-Tonnen-Lastkahn nachgebildet ist, schwimmt im Wasser. Mit seiner Hilfe soll ausprobiert werden, wie der Kahn am besten mit Hilfe eines Spills in die Schleuse hineingeführt werden kann, ohne daß er das Schleusentor beschädigt. Aufgabe: Wie stark muß das Spill sein?

Ein anderes, sehr großes Modell stellt die Ruhr in der Gegend von Essen dar. Hier soll ein Stauee zur natürlichen Reinigung des Wassers gebaut werden. Wegen Straßenbau muß außerdem das Flußbett verengt werden. Vorher soll an Hand des Modells festgestellt werden, ob das neue Bett bei Hochwasser auch noch die durchfließenden Wassermengen ablassen kann, ohne daß empfindliche Wasserwerke eintreten. Lustig und zierlich sehen alle diese kleinen Modelle aus. Wie Spielzeug. Manchmal schwimmen Schiffe oder Papiermodelle im Wasser: so beobachtet man den Lauf der Flußströmung. Ein Kinderpielzeug sieht auch das winzige Wehr aus. Friedlich fließt das Wasser. Dem Brunnen des Laboratoriums sind im Laufe der Jahre alle deutschen Ströme, vom Rhein bis zur Oder, zugeführt.

Aber damit ist das Aufgabenfeld der Versuchsanstalt nicht erschöpft. Einen großen Teil des Gebäudes nimmt die über 100 Meter lange Schlepprinne in Anspruch. In ihr schwimmen kleine und große Schiffsmodelle, die fast alle aus Holz hergestellt sind; einem Material, das sich vor allen Dingen leicht verarbeiten und wieder einschmelzen läßt. Die Modelle, die im Verhältnis von 1:20, 1:50 oder auch 1:100 gebaut sind, werden mit Hilfe eines Schleppwagens durch das Wasser gezogen. Der Wagen, der eine Geschwindigkeit von über 10 Metern pro Sekunde entwickelt, ist mit komplizierten Messinstrumenten ausgerüstet. Man sucht durch Messungen die günstigsten Verhältnisse für das Unterwassermodell, den Teil des Schiffes, der unter Wasser liegt, für Schiffschrauben und Schiffsschrauben herauszufinden. In der nächsten Zeit wird man noch einen Schleppwagen in Betrieb nehmen, der mit Schnellzugwindigkeit die Schlepprinne entlangfahren soll. Mit ihm will man Modelle von Schnellbooten und Flugzeugschwimmern praktisch ausprobieren. Alle diese Versuche dienen der Untersuchung des Widerstandes.

Die dritte Abteilung der Versuchsanstalt verläßt bei ihren Untersuchungen das technische Element und bezieht sich auf die feste Erde. Ihr Laboratorium ist angefüllt mit seltsamen Geräten, mit Messern, Retorten und Waagen, die dem Laborator ein wenig wie ein Spielzeug bleiben, mit deren Hilfe man über die Eigenschaften des Bodens, seine Standfestigkeit und Wasserdurchlässigkeit

durch exakte Untersuchungen nachprüft. Aus den Erfahrungen jahrelanger Experimentierarbeit, die hier geleistet wird, kann man dem Bauingenieur sagen, auf welchem Untergrund er bauen kann und soll. Außerdem werden bei Erdstößen, Erdbeben und ähnlichen Naturkatastrophen den Unglücksstätten Proben entnommen und im Laboratorium technisch und chemisch untersucht.

So müssen Wasser und Erde zuletzt dem Wissenschaftler, der jahrelang ihr Verhalten beobachtet und studiert, ihre Geheimnisse anvertrauen. Was auf den ersten Blick wie ein phantastisches Kinderpiel aussieht, hat einen sinnvollen Zweck, wird kluge, durchdachte Arbeit zum Besten der Allgemeinheit — denn tausend schaffende Arbeiterhände werden einmal die vorbereitende Arbeit des Wissenschaftlers vollenden. . . .

## Stettiner Mörder in Kiel verhaftet

Wie seinerzeit gemeldet, wurde am 18. September die 34jährige Witwe Ladewig in ihrer Wohnung in Stettin ermordet aufgefunden. Die Tat war von zwei Männern verübt worden, von denen sich der eine nach Kiel gewandt hatte. In Kiel ist er am Montag auf dem Altmarkt von Kriminalbeamten festgenommen und inzwischen nach Stettin transportiert worden. Der zweite Täter soll nach Süddeutschland geflüchtet sein.

## Raubmord in Dortmund

In einem Hause in Dortmund wurden der 59jährige Ingenieur Moser, seine Frau und seine Schwiegermutter tot aufgefunden; die Leichen wiesen grauenvolle Stichverletzungen auf und waren mit Pfeffer bestreut. Die Wohnung ist vollkommen durchwühlt. U. a. fehlen Schmuckstücke und eine wertvolle Briefmarkensammlung aus dem Besitz der Familie. Auf die Ergreifung des Raubmörders, der sich bei der Tat stark mit Blut bedeckt haben muß, wurde 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

## Paragraf 218-Märtyrer

Der vor drei Wochen vom Amtsgericht Krefeld unter der Anschuldigung des Bergchens gegen den Paragrafen 218 verhaftete Krefelder praktische Arzt Dr. Selo wurde gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen. Dr. Selo war sofort nach seiner Verhaftung in den Hungerstreik getreten, durch den er in lebensgefährlicher Weise entkräftet worden ist.

## Ein Stadtor als Jugendherberge



In Neubrunn in Unterfranken hat man dieses schöne alte Stadtor als Jugendherberge für die Bedürfnisse der wandernden Jugend umgebaut. Diese romantische Herberge ist nun ein gern aufgesuchtes Ziel vieler Wanderer geworden.

## Die Devaheimauflösung

Durch einen Prozeß vor dem Arbeitsgericht Berlin-Mitte wurden die Zustände bei der völlig zugrunde gewirkten enangelischen Baupargessellschaft Devaheim in interessanter Weise beleuchtet. Ein Herr Köse, der Leiter der Buchhaltung der Devaheim und der Deuzag, hatte den Konkursverwalter wegen unberechtigter fristloser Entlassung verklagt. Am 9. Oktober soll die Verhandlung zum Urteil geführt werden. Der Kläger Köse hatte einen Bauparvertrag über 20 000 Mark mit der Deuzag abgeschlossen und bereits 5000 Mark eingezahlt. Einige Tage vor der Zahlungseinstellung ließ sich Köse, der den Zusammenbruch voraussah, sein Guthaben zurückzahlen. Der Scheck wurde von Generaldirektor Zeppel gegengezeichnet. Als nach dem Zusammenbruch die Treuhänder von dem Vorfall erfuhren, wurde Köse trotz seines bis Jahresende unkündbaren Vertrages fristlos entlassen.

Um die Angelegenheit aufzuhellen, wurden verschiedene Zeugen vernommen. Es zeigte sich, daß in der Devaheim keiner dem anderen über den Weg traute. Herr Zeppel sagte aus, daß er auf Veranlassung des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Pastor Cremer eigentlich nur gemeinsam mit dem Inneren Missions-Schakmeister Möller zeichnungsberechtigt gewesen sei. Herr Möller wäre jedoch kein einzigesmal im Hause erschienen. In Wirklichkeit wurden also sämtliche Schecks nur von Zeppel und einem anderen Angestellten gegengezeichnet. Herr Zeppel meinte weiter, daß er dem Kläger sein Guthaben deshalb ohne weiteres zurückgezahlt hätte, weil ein neuer Dreimillionen-Kredit der Danabank unter Voraussetzung der Bürgschaft der Inneren Mission in Aussicht gestanden hätte! — Ferner kam zur Sprache, daß der Kläger einem Vertreter der Deuzag für ein Geschäft, das überhaupt nie zustande gekommen ist, eine große Provision ausbezahlt hat. Es handelt sich um die nur provisorisch, aber niemals praktisch erfolgte Einzahlung von 1 200 000 Mark eines Grafen Malchahn. Herr Zeppel bestätigte, daß es bei der Devaheim und der Deuzag tatsächlich üblich gewesen sei, Provisionen schon beim Abschluß eines Geschäftes und vor der eigentlichen Effektivierung auszuzahlen. . . .

## Chinesisch-japanischer Krieg in Berlin



Die großen Ereignisse im Fernen Osten werfen ihre Schatten bis nach Deutschland: Am Eingang eines chinesischen Restaurants in Berlin hängt eine Tafel mit der Aufschrift: Japaner wird hier nicht bedient.

## Zwei Teilnehmer der Wegener-Expedition aus Grönland zurückgekehrt

Das Grönlandschiff „Hans Egede“ trug gestern vormittag aus Grönland in Kopenhagen ein. An Bord befanden sich zwei Teilnehmer an der Wegener-Expedition, der Geologe Dr. Sorge und der Meteorologe Dr. Georgi aus Hamburg. Die Forscher hatten Mitte August die Station Eismitte auf dem Grönlandeis verlassen. Die Station ist nicht mehr besetzt. Die 14 übrigen Teilnehmer der Expedition befinden sich in Kamastrak und werden mit „Hans Egede“ oder „Disco“ im Laufe des Herbst zurückkehren.

## Ein deutsches Pompeii

In der Nähe des alten Römerkastells „Saalfurg“ bei Bad Nauheim wurde das Teufelskessel Jungantel, das in seiner Blütezeit im 2. und 3. Jahrhundert n. Chr. ein dicht besiedeltes Grenzort war, ausgegraben. In einem Brunnenstumpf wurde u. a. ein vollständig erhaltenes Kettenhemd gefunden; außerdem entdeckte man hier und an anderen Stellen zahlreiche Geräte, Gefäße, Werkzeuge und Münzen. Auch konnten in einem der Brunnenstümpfe etwa 60 verschiedene Pflanzenarten festgestellt werden. Im ganzen wurden etwa 485 Kellergruben und Brunnen freigelegt, die ein lebendiges Bild eines alten römischen Lagerbaus an der damaligen Reichsgrenze vermitteln.

## 85 Einwohner erhängt

Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, wurden in der Datschaj Aguadulce im Staate Tabasco 85 Einwohner im Zusammenhang mit der Lynchung des Ortsbürgermeisters standrechtlich erhängt. Die Hinrichtung erfolgte auf Anordnung des Staatsgouverneurs.

## Die Ernte brach durch

Bauernfamilie schwer verunglückt

In einem Dorfe bei Le Mans brach am Mittwoch die Decke des Erdgeschosses eines Bauerngehöftes zusammen. 50 Junger Weizen, die auf dem Boden lagerten, stürzten in die Küche, in der die Familie gerade beim Essen saß. Der Bauer und seine Tochter wurden getötet. Seine Frau und die beiden anderen Töchter wurden schwer verletzt.

## Sinrichtung eines Neunzehnjährigen

In Chartres (Frankreich) wurde am Mittwoch ein neunzehnjähriger Doppelmörder hingerichtet.

## Der endlose Zug

Auf den Schlachtfeldern von Souchez bei Arras sind in den letzten Tagen die Leichen von 27 gefallenen Deutschen gefunden worden. Drei Leichen konnten bisher identifiziert werden.

## Gautag des ZDA.

### Trotz aller Krise steigende Mitgliedszahlen

(Schluß)

Ein besonderes Kapitel im Bericht bildete die Betrachtung des schließlichen Arbeitsmarktes. 1928 rund 9800, 1929 rund 14 100, 1930 rund 19 200 und Juni 1931 rund 23 000 arbeitslose Angestellte sprechen eine zu berechtigte Sprache, um nicht auch dem Unzufriedenen als ein ungeheures Maß an Not und Elend, und nicht zuletzt als eine ständige Bedrohung auch der Angestellten vorstehen zu werden, die heute noch das „Glück“ haben, arbeiten zu dürfen. Darum ist die Organisation verpflichtet, alles, aber auch alles zu versuchen, diese Angestellten wieder in Arbeit und Beruf zu bringen. Wir haben deshalb immer wieder gefordert, auch von Staats wegen zu helfen. Der Handelsvertrag mit Wien, Senkung der Frachten in Schiffe, Reichsbahnaufräge, Mittel der Dithilfe auch für den Baumarkt sind Wege, um wenigstens einen Teil der Not zu lindern.

Es muß daneben immer wieder darauf verwiesen werden, daß wir als Organisation die Pflicht haben, den Kollegen, die arbeitslos sind, zu helfen. Neben den Summen für die Arbeitslosenunterstützung, für Weihnachtsspenden usw. hat die Organisation alles getan, um der jetzigen Not der Arbeitslosen zu helfen. Kurse, Beschäftigungs- und Unterhaltungsstunden leisten und sollen auch weiter und zwar in steigendem Maße diesen Zwecken dienen.

Erstlich ist die Intentionierung der Jugendarbeit, die im Gau zu den besten Hoffnungen berechtigt. Es wird geschult, es wird gearbeitet, daß es eine Freude ist, und doch soll und muß noch mehr geleistet werden. Jugend ist Zukunft, Organisation und Wissen sind Macht. Schaffen wir beides, ruft Wachner den Jugendlichen und ihren Betreuern zu.

Berichte über die Kämpfe um Sonntagsruhe und Arbeitszeit, über die Organisations- und Schulungsarbeit im Rahmen des NS-Bundes, der in Schiffe allein über 50 Kartelle zählt, schließen sich an. Eine Uebersicht über die Arbeit im Funktionärsdienst, in den öffentlichen Körperlichkeiten, in der Wohnungswirtschaft usw. runden das Bild von der Arbeit und planmäßigen Arbeit in der Provinz Schiffe ab.

Nie der Laie, ja kaum der Fachmann vermag zu schätzen, was hier in eiserner Arbeit und mit zähem Willen geschaffen wird, verteidigt werden muß und trotz aller Nöte der Zeit immer wieder vorwärts getrieben wird.

Den Höhepunkt der Tagung bildete eine Kundgebung des ZDA unter dem Titel „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“. In überfülltem Saal vor einer Anzahl von Vertretern der Behörden und einer nicht zu zählenden, gedrängt stehenden und atemlos lauschenden Menge von Mitgliedern und Gästen sprach ein Mitglied des Verbandsvorstandes, Br e n k e, über Sorgen und Nöte der arbeitenden Volksgenossen in Deutschland. Weit ausholend zeichnete er ein packendes und überzeugendes Bild von dem Wahnsinn unserer jetzigen Wirtschaftsordnung. Nichts beruhigend, weder die Sünden unserer Bankrotteure aus Karlsruhe, Danat und Nordsee und wie die Herrschaften sich sonst noch nennen und wie groß, ja erschreckend groß ihre Zahl auch ist, noch den Anzug des Kartells- und Monopolwesens, noch das Unglück unserer Zoll- und Handelspolitik.

Vorlesung auf ein gediegenes Zahlenmaterial und nicht zuletzt auf umfassende Kenntnis der Welt- und Volkswirtschaft aufgebaut. Ausführungen klangen aus in dem Ruf: Millionen leiden Not, trotzdem man Waren vernichtet, um den Heberlöh zu heftigen. Millionen und Milliarden sind in der Weltwirtschaft falsch angelegt und damit zum Teil vernichtet — unser Ruf und unser Kredit in der Welt sind gewissenslos vernichtet worden. Es ist unsere Aufgabe, den wenigen Menschen, die heute die Wirtschaft leiten, und zwar schlecht leiten, Grenzen zu legen gegen Leichtsinn, Unfähigkeit und Mangel an Pflichtgefühl. Wollen wir Volk und Wirtschaft aus der schwersten Not, die die Welt je sah, erretten, dann heißt es jetzt Hand anlegen. Kontrolle der Banken, Kontrolle der Kartelle, planmäßige Verwendung der Gelder, die dem Volke gehören, da sie von ihm erarbeitet wurden, und Schluß mit der wahnwitzigen Subventionen- und Zollpolitik, die unseren Außenhandel vernichten. Steigerung des Umsatzes durch Senkung der Preise und Erhöhung des Reallohns waren einige Punkte aus Brenkes Programm.

War das Referat als Rede eine Ganzleistung, so war kein Schluß eine Mahnung, ja ein Schrei nach Selbsterneuerung, Einigkeit und Arbeit. Arbeit und Vertrauen an der Idee und zu der Stärke der deutschen Arbeiterbewegung. Nur sie kann die Not lindern, nur sie kann die Verhältnisse im Interesse der Mensch-

heit ändern. Sie erscheint heute schwach, und doch ist sie unüberwindlich, wenn — einmal nur — die arbeitende Menschheit es will.

Die Musikgruppe und ein Sprechchor der Breslauer und Diegniger Jugendgruppe wirkten bei der Umrahmung der Kundgebung mit. Man darf sagen, ein würdiger Rahmen, es klang aus heiligem Herzen und ließ bei der Jugend die Augen leuchten, bei den Alten manches Auge feucht werden, als 100 Burschen und Mädels im Sprechchor forderten: Gebt uns Arbeit, laßt uns Freude. Ein feierliches Gelöbnis zur Arbeit an Verband und Idee, ein Bekenntnis zur Solidarität mit der arbeitenden Menschheit beendete die Feier, die manchem Jüngeren neue Hoffnung gab. Wir beglückwünschten den ZDA, wir glauben an seine Entwicklung.

## Die Aufträge der Sowjetunion

### Rußlands Abzahlungsgeschäft — Deutscher Kommunistenjubel

Von Kurt Heinig

„Eine Milliarde Mark Sowjetaufträge — zahllose Betriebe, ganze Industriezweige in Deutschland existieren nur noch dank der Sowjetunion. Mindestens 200 000 Arbeiter haben ein volles Jahr Arbeit durch die Sowjetaufträge. Die Sowjetmacht, die die Arbeitslosigkeit im Bereich von 150 Millionen Menschen aus der Welt geschafft hat, demonstriert weiterhin sichtbar die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über den bankrotten Kapitalismus.“

„Rote Fahne“ vom 17. September 1931.

Was ist die Wahrheit im deutsch-russischen Außenhandel? Es ist wieder einmal notwendig, gegenüber dem hysterischen Geschrei, das von den Kommunisten über die Sowjetaufträge gemacht wird, sachlich die Tatsachen festzustellen. Lassen wir zuerst die klaren Zahlen sprechen.

Der deutsch-russische Außenhandel umfaßte in den Jahren 1925 bis 1930 die folgenden Werte:

Jahr	Ausfuhr nach Rußland in Millionen Mark	Einfuhr von Rußland in Millionen Mark
1925	251	230
1926	266	323
1927	330	433
1928	403	378
1929	354	426
1930	431	436

In den fünf Jahren vergangenem sechs Jahren hat also Deutschland fast immer in Rußland mehr gekauft als die Sowjetunion von Deutschland abgenommen hat. Wie steht es aber nun mit dem Größenverhältnis des heutigen deutsch-russischen Außenhandels, wenn man es mit der Vorkriegszeit vergleicht? Die deutschen Kommunisten tun so, als ob die Sowjetmacht eine ganz neue großartige deutsch-russische Handelsbeziehung geschaffen habe. Auch hier wollen wir vorerst die klaren Zahlen sprechen lassen. Der deutsch-russische Außenhandel betrug in den Jahren 1909 bis 1913:

Jahr	Ausfuhr nach Rußland in Millionen Mark
1909	414
1910	547
1911	625
1912	679
1913	550

Diese Ziffern zeigen, daß im Jahre 1930 die Sowjetmacht bei ihren Einkäufen in Deutschland glücklich wieder da angelangt war, wo das alte zaristische Rußland im Jahre 1909 gewesen ist. Hierbei ist zu beachten, daß die in der Zwischenzeit eingetretene Entwertung des Geldes bei unserem Vergleich nicht in Betracht gezogen worden ist. Wollten wir die in der Zwischenzeit eingetretene Geldentwertung von rund 50 Prozent in den Vergleich einbeziehen, so wäre er für die russischen Einkäufe in Deutschland noch ungünstiger.

## Der österreichische Gewerkschaftskongress

Auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress erstattete Dr. Renner am Mittwoch ein Referat über die wirtschaftliche und soziale Lage Österreichs, in dem er darlegte, daß zu derselben Stunde, in der die Sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm veröffentlicht und einen Ausweg aus der schwierigen Lage gezeigt habe, die Heimwehren einen Luftanstalt hätten. Das sei das Dilemma, vor dem die Arbeiter entweder die Lösung nach dem sozialdemokratischen Programm oder die Zerstörung der Wirtschaft durch die Putzschiffen.

Der bisherige Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, S u e b e r, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter seine Wahl abgelehnt hat, wurde zum Ehrenvorsitzenden des Gewerkschaftsbundes gewählt. Zugleich wird eine Stiftung von 20 000 Schilling (12 000 Mark) gegründet.

Die Schlichtungsverhandlungen für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau sind bis auf weiteres vertagt worden.

Wie sieht es nun mit der angeblichen Milliarden Sowjetaufträge im Jahre 1931 aus?

1. handelt es sich bei dieser Milliarden Mark Sowjetaufträge nicht etwa ausschließlich um Ausführung des Jahres 1931, um Bestellungen, die bis 1933 abgeliefert werden. Bei der Einzelprüfung der Art der Aufträge ist schon heute ersichtlich, daß auch 1931 die deutsche Einfuhr nach Rußland nicht höher sein wird als im Jahre 1930 war.

2. kann die Sowjetmacht ihre Einkäufe in Deutschland bezahlen. Sie verlangt bis zu vier Jahren Rückzahlung der Aufträge, wenn nicht das Deutsche Reich die einzelnen Länder und sogar Gemeinden für die Bedienung der Aufträge bis zu 70 Prozent der gesamten Summe Garantie übernommen hätten.

3. könnten die deutschen Unternehmungen, die russische Aufträge überhaupt nicht abfertigen, wenn nicht das Deutsche Reich die einzelnen Länder und sogar Gemeinden für die Bedienung der Aufträge bis zu 70 Prozent der gesamten Summe Garantie übernommen hätten.

4. haben bisher nicht einmal diese Garantien ausgereicht, den deutschen Unternehmungen zu ermöglichen, die Sowjetaufträge in den Zahlungsfristplan zu bringen. Deswegen mußte es wieder die Reichsbank mit einem besonderen Kreditkontingent Höhe von 150 Millionen Mark einspringen.

5. würden die Russen bei ihren Bestellungen, die in Deutschland bezahlt werden und bei denen sie auf Stotzen zahlen, so stark auf die Preise, daß der Druck der deutschen Arbeiterlöhne besonders in den kleineren Betrieben weiterwirkt. Warum verlangen die Sowjetbehörden ihren Bestellungen nicht, daß die deutschen Unternehmungen ihren Löhne für die russischen Arbeiter einhalten?

6. schaffen die russischen Aufträge in Deutschland mit dem Kauf des Auslandes bei uns selbstverständlich in gewisser Menge Arbeit. Die Russen geben sich aber außerdem Mühe, uns Arbeitslose zu machen. Die deutschen Sowjetpropheten sich einmal bei den Beschäftigten, im besonderen bei den Holzindustrie, aber auch bei den Holzfirmen im bayerischen und norddeutschen Raum, daß die billige russische Einfuhr von Holz und Holzwerkstoffen von verarbeiteten Holz in Deutschland schon viele tausende von Arbeitern arbeitslos gemacht hat. Solche Beispiele gibt es noch viele.

7. beutet die Sowjetmacht die Wölfer dort, wo sie es am leichtesten kann, so wie die Großkapitalisten der Welt. Das russische Fernziel z. B. wird in Deutschland auf dem gleichen Niveau und in Verständigung mit dem Reich und den englisch-holländischen Deterdingleuten verfolgt. Prüft man, wie hier eben gesehen, die Tatsachen der Aufträge, dann werden gegenüber früher drei Charakteristika Unterchiede sichtbar. Einmal kauft Rußland von uns viel weniger als in der Vorkriegszeit, zum anderen kauft es im Gegenzug zu früher mit mehrjährigem Kredit, und drittens ist es nicht die deutschen Kommunisten ein, daß das etwas Großartiges, Neues sei.

Selbstverständlich legen wir in Deutschland auch auf den Außenhandel mit Rußland großen Wert. Er steht aber in der Ausfuhr nach der ganzen Welt erst an erster Stelle. Im Jahre 1930 von uns dreimal soviel (1219 Millionen Mark) wie die Sowjetmacht. Ebenfalls kauft Rußland von uns viel weniger als in der Vorkriegszeit, zum anderen kauft es im Gegenzug zu früher mit mehrjährigem Kredit, und drittens ist es nicht die deutschen Kommunisten ein, daß das etwas Großartiges, Neues sei.

Die Krise im Holzgewerbe  
50 Prozent freierorganisierte Holzarbeiter erwerbslos  
Nach der Arbeitslosenstatistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes waren Ende August 50 Prozent der Mitglieder dieses Verbandes erwerbslos. 11 Prozent der Verbandsmitglieder arbeiten verlustgrößen ist die Arbeitslosigkeit in den Gauen Dresden, und Düsseldorf, am günstigsten liegen die Verhältnisse im Gau Hannover. Die Möbelindustrie verzeichnete im August erhebliche Einstellungen, die Entlassungen in der Säge- und Waggon-, Waggon- und Korbindustrie sowie auf den Waren jedoch bedeutend größer.

Der Landesauschuss der CGE hat am Sonnabend den letzten bisherigen Vorstand einstimmig gewählt. Der Ausschuss beschloß ferner, vor der großen Versammlung des nächsten Jahres eine umfangreiche paganda zugunsten der Abstützung zu organisieren.

Die nordamerikanische Autoproduktion dürfte nach Schätzungen im laufenden Jahre etwa 2,4 Millionen Stück betragen gegen 2,2 Millionen im Vorjahre und 2,6 Millionen im Jahre 1930. Für die Ausfuhr rechnet man im Jahre 1931 mit einer Halbierung.

## Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau

Die Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Straßenbaugewerbes protestieren in einer gemeinsamen Kundgebung gegen die drohende Verfall der deutschen Straßen, womit der Wirtschaftlichen Werte verlorengehen.

Schon in den Jahren wirtschaftlichen Gleichgewichts blieb der Straßenbau hinter den Anforderungen des Kraftverkehrs zurück. Die Straßen in Deutschland sind gerade keine Musterstraßen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Dinge verschlimmert, muß, wenn nicht bald Abhilfe kommt, zur völligen Katastrophe führen. 80 Prozent der Straßenbaubetriebe liegen völlig still. Zahlreiche Straßenbauarbeiter sind aus der Produktion ausgeschieden. Seit der Inflation dürften in Deutschland 4 Milliarden Mark im Straßenbau investiert sein. Diese Werte sind, geht die Vernachlässigung der Straßen weiter, mit Vernichtung bedroht. Es besteht die Gefahr, daß die in den letzten Jahren gebauten Straßen völlig zerstört werden. Die gegenwärtige Sparpolitik, die auf dem Gebiet des Straßenbaus betrieben wird, ist eine falsche Sparpolitik. Die Unterlassungen von heute müssen morgen doppelt und dreifach bezahlt werden. Wenn heute die Mittel nicht aufzubringen sind, um den Bestand der Straßen zu sichern, so wird man, um der gesamten Wirtschaft willen, doppelt und dreifach höhere Summen ausgeben müssen, um das zerstörte wieder zu schaffen. Aus diesen Überlegungen haben die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Straßenbaugewerbes eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. wie folgt heißt:

Zehntausende von Arbeitern können zur Bewältigung der Aufgaben des deutschen Straßenbaues Arbeit erhalten. Das Gutachten der Strauß-Kommission wies mit Nachdruck auf die

Unterbringung eines großen Teiles der Arbeitslosen im Straßenbau hin. Jetzt aber steht das Straßenbaugewerbe vor dem völligen Zusammenbruch. Mittel und Wege sind genug gewiesen worden, den seit zwei Jahren dahingehenden Straßenbau zu heben. Die Ertragsmisse der Kraftfahrzeug- und Betriebsstoffsteuern sind vor allen Dingen in größerem Maße den Zwecken des Straßenbaues zuzuführen. Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten muß die einheitliche Aufnahme großer Straßenbauleihen, die durch Teile des Ertrages der Kraftfahrzeugsteuer zu verzinsen und zu amortisieren sind, angestrebt werden. Die Verwendung heimischer Baustoffe muß in diesen Notzeiten das Gegebene sein. Neben dem müssen die Auftraggeber des Straßenbaues eine besondere Sorgfalt den Auftragnehmern widmen. Unzuverlässigen und spekulierenden Elementen dürfen Straßenbauten nicht übertragen werden, wenn sie auch die billigsten Bewerber sind. Arbeiter sind durch Nichtzahlung der Löhne, Versicherungen durch Nichtzahlung der Beiträge und der Staat durch Nichtzahlung der Steuern um Tausende von Mark gebracht werden. Daher dürfen Straßenbauarbeiter keinesfalls wirtschaftlichen Abenteurern — die vom Straßenbau keine Sachkenntnis haben und dadurch die niedrigsten Preise fordern — zur Ausführung von den auftraggebenden Behörden übergeben werden. Straßen und Straßenbaugewerbe sind in höchster Not; ungeheure Werte der Volkswirtschaft sind noch zu retten, wenn im letzten Augenblick für die Erhaltung der Straßen und des Straßenbaugewerbes die Kräfte des Reiches, der Länder, der Städte und der Gemeinden angeparkt werden. Die Zeit drängt zu diesen Maßnahmen; sollen die Straßen für ihre wirtschaftliche Aufgabe, als Instrument der Beförderung und Verteilung der Güter, der Wirtschaft erhalten bleiben, so ist keine Zeit zu verlieren.“